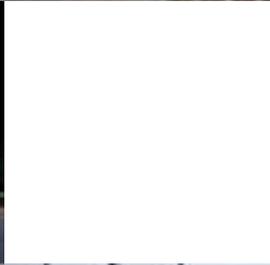
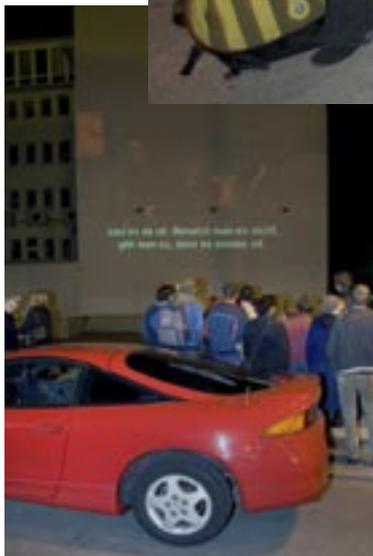


Tales from Maryland



Geschichten aus der Stadt des Verschwindens.

Projektreader. city.crime.control. September 2005.





Tales from Hazyland Projektreader

Inhalt

- 1] city.crime.control: «Geschichten aus der Stadt des Verschwindens» ____ Seite 2
- 2] Christian Vähling: «Deonstruktion des Verschwindens» ____ Seite 3
- 3] Anna Richter: «Die Ware Stadt. Zur Kommodifizierung städtischer Politik» ____ Seite 7
- 4] Anna Richter: «Notizen zum anschliessenden Rundgang» ____ Seite 10
- 5] Norbert Jagemann, Andrea Munjic (andiamo! projekt linke basis): «Gegenwart der Arbeit» ____ Seite 15
- 6] Ulf Treger: «Intimität, Gemeinschaftlichkeit und Offenheit in einer elektronischen Stadt.» ____ Seite 17
- 7] Thomas Böker, Josch Hoenes: «Rosaroter Standortfaktor. Ein Protokoll mit Anmerkungen und Zitaten.» ____ Seite 21
- 8] Ulf Treger: Einleitung zur Diskussionsrunde «Subversion im Souterrain» ____ Seite 26
- 9] Adebayo Alabi: «Campaign against the ›Residence Obligation Law‹ (das Residenzpflichtsgesetz) for asylum seekers in Germany.» ____ Seite 28
- 10] Akubuo Chukwudi: «Anti-Lager-Aktions-Besuch nach Mecklenburg-Vorpommern gegen früheres Militär-Lager, Container-Lager, Dschungel-Heim, Unterdrückungs-Camps und Deportations-Haft» ____ Seite 29
- 11] Veranstaltungsübersicht ____ Seite 32

Impressum

2. leicht erweiterte Auflage (+ Text No. 5), 11/2005

Fotografien von Julia Baier und Sandy Volz.

Gestaltung und Satz: Ulf Treger.

Dieser Reader ist auch digital auf der Website des Projekts verfügbar: <http://hazyland.citycrimecontrol.net>

«Tales from Hazyland» – ein Projekt von city.crime.control (c3) vom 16. bis 30. September 2005

Im Rahmen der Ausstellung «A Lucky Strike! Kunst findet Stadt», 9.9.-30.10.2005. GAK, Gesellschaft für Aktuelle Kunst, Teerhof 21, 28199 Bremen, Di bis So 11-18.00, Do bis 21.00, www.gak-bremen.de

city.crime.control (c3) sind Thomas Böker, Ulf Treger, Christian Vähling, Sandy Volz und Manuela Wolf.
Kontakt: c31@citycrimecontrol.net,
Website: <http://citycrimecontrol.net>

Übersetzung: Kylie Macdonald und Andi White. Dank für Unterstützung: Melanie Humann, Zoom Videobeamer, Heino's, Freie Software und alle Firmen, die uns ihre Räume zur Verfügung stellen: Der Werkzeugladen, Allianz Immobilien Gmbh, Hotel Ibis, Deutsche Telekom, Partyraum Mieten & Feiern, Dr. Hübötter Immobilien Gmbh, Bildungszentrum der Wirtschaft Unterweser e.V.

«A Lucky Strike. Kunst findet Stadt» wird gefördert vom Senator für Kultur der freien Hansestadt Bremen.

Geschichten aus der Stadt des Verschwindens Die Stadt, wie wir sie kennen, ist am Verschwinden. Nicht ihre Straßen und Bauten, Plätze und Wohnungen sind in Auflösung begriffen, auch nicht ihre Regierung und Bürokratie. Aber die Mechanismen und Vereinbarungen, die ihre BewohnerInnen betreffen – am deutlichsten spürbar durch die Aufgabe von Daseinsfürsorge und von sozialen wie kulturellen Infrastrukturen. Der – permanente – Prozess des Verschwindens wird mal mehr und mal weniger vollständig durch Images und Neukodierungen, Marketing und vermeintlichen Wettbewerb verschleiert. Diese Simulationen eines «Vaporspace» – eines virtuellen Raumes, der ausschließlich aus Projektionen besteht – erzählen von einer prosperierenden, lebendigen Stadt und schieben sich als bunte Dampf Wolke über den nur scheinbar tristen Alltag urbaner Räume. Die Erzählung wird in dem Sinn real, daß sich alles, was in der Stadt geschieht, auf sie bezieht. Und während wir mit der Optimierung unseres Selbst beschäftigt werden, bemerken wir den Wechsel des Bezugspunktes umso weniger, je mehr wir an dieser Neukodierung teilhaben.

Das Bremer Faulenquartier, das zur Zeit zu einer Wunschprojektion von Medienzentrum umdefiniert wird, ist ein symptomatischer Nicht-Ort des Vaporspace. Es ist Zentrum und Peripherie, Projektionsfläche und Lebensraum, Baustelle und Ruine zugleich. Seine Lage zwischen der Bremer Innenstadt und einer fiktiven «Überseestadt» führt zu einer Hyperaktivität der Stadt-Werdung, um dem unhaltbaren Zustand eines urbanen Vakuums entgegenzuwirken. Gerade sein Nicht-Ort-Charakter erlaubt dabei ein Wuchern der Projektionen. Alles ist möglich, wenn nichts vorgegeben erscheint.

Von diesen Lücken zwischen Ort und Projektion erzählen die «Tales from Hazyland» und legen zugleich den Blick auf die Räume antagonistischer Handlungen und Auseinandersetzungen frei. An stationären (leeren) Orten und temporären (belebten) Rändern kann sich hier auf die Suche nach sozialen, medialen und kulturellen Aneignungen einer verschwindenden Stadt begeben werden.

city.crime.control

The disappearing City The city as we know it is disappearing. It's not the streets and buildings that are dissolving, not the public spaces nor the government and bureaucracy – but the mechanisms and agreements that are affecting the people living in it. Most clearly, this can be seen in the current abandonment of public welfare as well as social and cultural infrastructures. The perpetual disappearance is disguised more or less thoroughly by images, marketing and so-called competition.

These simulations of «vapor space» (a virtual space consisting entirely of projections) portray the city as prosperous and lively while wrapping the seemingly dull urban everyday life in a colourful steam cloud of promise. The image becomes real in the sense that everything happening in the city refers to it. In the course of this re-coding process, we get so absorbed with self-improvement that we partake more in and notice less the shifting of reference points.

Bremen's «Faulenquartier», presently being transformed into a wishful projection of a media centre, is a symptomatic non-place of vapor space. It is central and peripheral, projection screen and living space, construction site and ruin all together. the position between Bremen's inner city and a fictional «Überseestadt» is reason enough for hyperactivity in city development.

The non-space character allows for an overflow of ideas and concepts. Everything is possible where nothing seems to be prescribed. «Tales from Hazyland» occupy the gap between city and projection, tell about this process of «de-realisation» and open a perspective on the spaces of antagonistic activities and conflicts. In fixed (empty) locations and temporary (busy) surroundings, one can go in search of the social, mediatic and cultural occupancy of a city in disappearance.

city.crime.control

Dekonstruktion des Verschwindens

Allgemeines Verschwinden Der Ausgangspunkt von „Tales from Hazyland“ ist das Verschwinden der Stadt, oder genauer: das Verschwinden des Städtischen. Aber was verschwindet da eigentlich? Ist die Stadt selber nicht bei all den Veränderungen die einzige Konstante? Was meinen wir mit Verschwinden, und warum ist das ein Thema?

Zunächst lassen sich drei Ebenen unterscheiden, auf denen das Verschwinden in der Stadt eine Rolle spielen kann: materiell, sozial und symbolisch. Die Ebenen wirken aufeinander zurück, lassen sich also nicht immer auseinanderhalten.

Die herkömmlichste, gewissermaßen banalste Art des Verschwindens ist die materielle. Etwas kommt weg. Das ist dann entweder einfach nicht mehr da, und man fragt sich, ob da überhaupt was war und was. Oder es verschwindet mit einem Knall, wie beim derzeitigen medial begeiteten „Rückbau“ in Tenever. In diese Ebene fällt auch der Bevölkerungsschwund, den viele Städte erleben und der teilweise den architektonischen Rückbau bedingt.

Für die zweite Ebene steht etwa der Rückzug der Stadtverwaltung aus der Stadt (oder des Städtischen aus der Verwaltung). Darunter fallen die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich. Was sich auf den ersten Blick als einseitiger Rückzug der Verwaltung liest, ist ein Symptom dafür, daß bereits ein Verschwinden stattgefunden hat: Die herkömmlichen Bindungen der BewohnerInnen an die Stadt (und andersrum) bestehen nicht mehr, so daß es relativ leicht zu fallen scheint, diese Kürzungen durchzusetzen. Die Umdeutung von BürgerInnen zu KundInnen in den „Bürgerzentren“ sind ein weiteres Symptom. Kundenbindungen sind informeller und oberflächlicher als die gegenseitige Verpflichtung, die aus dem Bewußtsein entsteht, einen Lebensraum zu teilen.

Kern dieser Abbauerscheinungen ist der Bedeutungsverlust der Politik (als Verwirklichung von Prinzipien). Entscheidungen werden immer mehr in privatwirtschaftlichen Zusammenhängen getroffen, denen die Politik sich andient. Macht findet woanders statt, sie steckt nicht in den Prinzipien und auch nicht in den Institutionen, sondern in den Algorithmen, nach denen die soziale Wirklichkeit formuliert wird. Diese Algorithmen brauchen nicht mehr die Rückbindung an ein Reales, sie funktionieren - als Codes - aus sich heraus.

Dem Bedeutungsverlust versucht die Politik durch Überaktivität zu entgehen. Wenn wir uns in Bremen umgucken, können wir wirklich nicht behaupten, daß die Politik zu wenig tut. Es entsteht in letzter Zeit eine ganze Menge. (Einiges, was entsteht, ist eigentlich auch schon verschwunden, nur hat das noch niemand gemerkt. Das war ja das Peinliche am Space Park.) Mit dieser Überaktivität, diesem Exzess des Entstehens bahnt sich die dritte Art des Verschwindens an, das Verschwinden auf symbolischer Ebene.

Hyperaktivität Es ist gerade das emsige Entwickeln von Projekten und Konzepten, das den Kern des Verschwindens bildet. Auf den ersten Blick genau das Gegenteil des Verschwindens, nämlich eine Überpräsenz. Aber eine Präsenz, die ausschließlich auf der Ebene der Zuschreibungen und Vorstellungen stattfindet und in der Stadt erst über den Umweg des Abreißens und Bauens zur Wirklichkeit wird.

Die Hyperaktivität der Stadtpolitik zeigt sich an der Vielzahl der Identitäten, die Bremen in den letzten Jahren angedichtet wurden: die Wissenschaftsstadt, der Technologiestandort, die Musicalstadt, der Touristenmagnet, das Weltraumzentrum, die angehende Kulturhauptstadt (als das nichts wurde, die Kulturmetropole), die Saubere, die Sichere, die Sanierungsbedürftige, die Stadt am Fluß.

All das sind weniger Projekte als Projektionen, im doppelten Sinn: als Wunschdenken und als technisch auf eine Oberfläche geworfene Bilder. Die beiden Aspekte durchmischen sich zu technisch geworfenen Wunschbildern. Im Faulenquartier etwa werden tatsächlich Vorstellungen und Entwürfe wie Dias an eine Oberfläche geworfen, nur sind die Dias dreidimensionale Betongebilde, und die Oberfläche ist der Ort selber.

Desinformation durch Überinformierung: wie kann man eine Stadt besser verstecken als zwischen lauter ähnlichen Variationen derselben Stadt?

Die Grundstrategie der Sanierungspolitik, wie sie Mitte der Neunziger in Bremen formuliert wurde, besteht darin, in Projekte zu investieren, die Geld und Aufmerksamkeit nach Bremen zu bringen versprechen. Während die laufenden Ausgaben zunehmend gekürzt werden, investiert die Stadt in eine Infrastruktur, die erstens (noch) nicht existiert und zweitens nicht Teil der Stadt ist. Die Ausgaben lassen sich nicht gegeneinander verrechnen, denn sie folgen verschiedenen Logiken. Wichtig ist ein anderer Aspekt:

Die Sanierungspolitik schreibt eine Fiktion von Bremen, in der alles funktioniert.

Fiktive Touristen kommen in die fiktive Spaßwelt, kurbeln fiktive Kassen mit fiktivem Geld an und füllen damit fiktive Haushaltslöcher. Auch die Haushaltskrise wird fiktionalisiert, denn alles wird Teil der Fiktion, ob es existiert oder nicht (das ist eine Folge der Umwandlung der Politik zum Algorithmus, durch den solche Dinge von selber geschehen). In dieser Fiktion geht es nicht mehr darum, ob es Haushaltslöcher gibt und wie tief die sind. Es geht vielmehr darum, wessen Haushaltslöcher es sind, also wessen Konzept, sie zu stopfen, das gültige ist.

Verzweifelte Maßnahmen

Die Haushaltskrise führt zunächst zu Einschnitten, gegen die sich nicht sinnvoll argumentieren läßt. Denn jede Kritik auf der Ebene der Verteilungsrealität kann nur innerhalb der Logik der Absoluten Dringlichkeit der Gesamterzählung verstanden werden. Die Notwendigkeit, mehr Geld für Kultur oder Soziales oder Bildung zu investieren, wird gerne bejaht, aber es gibt jeweils Dringenderes. (Das ist kein Grund, es nicht immer wieder zu versuchen. Sonst heißt es am Ende, so dringend war es wohl nicht.)

Die Logik hinter all dem ist nicht mehr die der Krise. Das wäre nicht dramatisch genug. Es muß schon die totale Katastrophe sein, denn erst die erfordert es, über sich hinauszuwachsen und drastische Maßnahmen einzuführen, die dann nicht mehr hinterfragt werden können.

Das gilt für Einschnitte im Sozialen, aber mehr noch für die Überreaktionen des Sanierungsprogramms: Die Investitionspolitik Bremens ist im Wesentlichen ein Katastrophenschutzprogramm, das in der „normalen“ nicht-katastrophalen Wirklichkeit einfach nicht durchzusetzen wäre.

Einmal in Gang gesetzt, ist der Prozeß der katastrophischen Sanierung nicht mehr zu stoppen: seine Wucherungen in immer neuen Projektionen und deren Rechtfertigung in immer neuen Katastrophenszenarien bedingen sich gegenseitig. Nicht nur, weil neue Projektionen immer wieder neue Löcher reißen, die gestopft werden müssen, sondern auch weil die Rechtfertigungsstrategien sich verfestigen und von selbst weiterentwickeln. Wenn es mit einer Investition nicht klappt, ist schon so viel Geld reingeflossen, daß es Wahnsinn wäre, das Projekt aufzugeben. Also muß „nachgezuschußt“ werden. Wenn ein Projekt richtig in den Sand gesetzt wurde, kommt meist schon das nächste.

Diese Logik hat in Bremen in letzter Zeit ein wenig Staub angesetzt. Die Pleite des Space Park hat eine

starke Ernüchterung bewirkt. Statt aber aus der Investitionslogik auszubrechen, werden als Reaktion darauf nachhaltige Projekte gefordert. Projekte, die nicht nur in der Stadt, sondern mit der Stadt stattfinden. Projekte wie die Überseestadt und das Faulenquartier.

Nebenschauplätze Mit der Logik des Absolut Notwendigen, des Elementar Bedeutsamen, wird der Boden bereitet für eine Indifferenz gegenüber dem „Nur sehr Wichtigem“.

Das Soziale, die Gegensätze des Städtischen, die Kultur, die Lebenssituationen der Menschen in der Stadt (besonders derjenigen, die keinen Zugang zu entscheidenden Gremien haben), werden zu etwas, das man früher wohl „Nebenwiderspruch“ genannt hätte. Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten - beim Verteilungspoker mitmachen, also sich selber in die Fiktion einschreiben, oder herausfallen, unsichtbar werden. Wenn die Fiktion der einzige Maßstab ist, nach dem die Wirklichkeit beurteilt wird, dann fällt heraus, was sich nicht dramatisieren läßt.

Und manchmal fällt ein Projekt selbst dann heraus, gewissermaßen aus dramaturgischen Gründen. Weil das Geld dann doch fehlt, und mensch gebärdete sich nicht überlebensgroß genug. Das zeigt etwa die Schließung des Waldau-Theaters, immerhin eines der größten Theater Bremens.

Im Zuge der Kulturhauptstadt-Bewerbung war allgemein ein Drang von Seiten der Kulturszene zu beobachten, an dieser bestimmten Projektion teilzuhaben. Das ist verständlich, niemand möchte gerne außerhalb der Wirklichkeit stehen, besonders wenn von der Unterstützung die eigene materielle Existenz abhängt. Die Kulturhauptstadt-Matrix erschien als der Rahmen, in dem geförderte Kultur in den nächsten Jahren stattfinden würde, also mußte mensch sich diesen Rahmen zu eigen machen. Konkret ist das Einschreiben in den bestimmenden Code also eine notwendige Maßnahme, um die eigene Praxis zu erhalten. Auf der strukturellen Ebene verändert sich diese Praxis gerade dadurch. Die Anbindung der Projekte an eine bestimmte Szene, eine Herkunft oder ein bestimmtes Selbstverständnis wird durch die Anbindung an die Meta-Erzählung der Gesamtprojektion ersetzt. Die alte Szene wird zur Zielgruppe, das Selbstverständnis zum Kolorit. Beides wird zum Standort- oder Notwendigkeitsfaktor. Wenn das alles geschickt formuliert wird, ergibt sich für das Projekt konkret kein Unterschied. Aber strukturell wird die Grenze zwischen Innen und Außen der Projektion weiter nach außen verschoben, wirkt auch über den konkreten

Projektrahmen hinaus in andere Bereiche, etwa die Lebenssituation oder die kulturelle Praxis peripherer ProjektteilnehmerInnen hinein. (Natürlich entstand dieser Sog nicht erst mit der Kulturhauptstadt-Bewerbung, sie war ebenso ein Symptom davon wie ein Motor.)

Die Projektion Auch die Umgestaltung des Faulenquartiers folgt der katastrophischen Logik. Zum einen wäre es aus Sicht der Stadt eine Katastrophe, wenn die „Brücke“ zwischen der (noch) fiktiven Überseestadt und der (noch nicht) sanierten Innenstadt ungenutzt bliebe. Aus der Lage ergibt sich ein Absoluter Handlungsbedarf, der Keinen Aufschub Duldet. Im Zentrum steht die Umgestaltung zum Medienquartier, die den (sowieso relativ undramatischen) Umzug der Volkshochschule in den Schatten stellt, und besonders der Umzug von Radio Bremen, ein weiteres Katastrophenprogramm, um der Krise der Senderfinanzierung zu entgehen, das aber in seinen Auswirkungen noch katastrophischer sein kann als die heraufbeschworene Katastrophe (die drohende Pleite).

Obwohl der Verkauf der alten Standorte, der einen Teil der Projektion finanzieren soll, erst zur Hälfte in trockenen Tüchern ist, werden bereits Tatsachen geschaffen. Das alleine ist katastrophisch genug. Am anderen Ende dieses Spiels wird dem Sender gar nichts anderes übrigbleiben, als die alten Standorte aufzugeben. Denn was einmal gebaut wurde, muß auch genutzt werden. Radio Bremen kann sich jetzt schon nicht die beiden alten Orte leisten. Vor dem Hintergrund einer neuen Bauruine wäre das ein erst recht nicht zu rechtfertigender Luxus. (Innerhalb der Projektion ist nicht der neue Bau der Luxus, sondern die alten im Licht des neuen.) Bilanz: Entweder eine Bauruine im Faulenquartier oder zwei Bauruinen in der Peripherie, die bestenfalls an irgendwelche Einkaufszentren verhökert werden, was die Katastrophe nach dem Hot-Potato-Prinzip (Hauptsache: loswerden) noch weiter in die Peripherie verlagert.

Die weiteren Projektionen für den Stadtteil gruppieren sich um die Radio-Bremen-Projektion. Hotels, Gaststätten, erwartete Medienfirmen, auch die Jugendherberge, obwohl die schon lange da war. Einiges ist bereits am Entstehen oder vorhanden, anderes wird als Folge des begonnenen Prozesses erhofft.

Es gibt kaum etwas uninteressanteres als die Wand, an die ein Dia projiziert wird. Die Klammer, die zuvor den Ort „Faulenquartier“ als Ein- oder Gesamtheit definiert haben mag, wird aufgelöst, zugleich aber auf symbolischer Ebene gefestigt: Das Faulenquartier

selber ist (als Begriff) ein Konstrukt, das keine Realität beschreibt, sondern eine Einheit schafft aus teils zufällig beieinander stehenden, teils erst künstlich getrennten Elementen. Ohne dieses Konstrukt zerfällt das Areal in eine Ansammlung von Baustellen, Brachen und Resten. Erst die Klammer, die symbolisch zusammenfaßt, was konkret auseinanderfällt, macht es überhaupt möglich, von diesem Areal zu sprechen und es als Projektionsfläche zu fiktionalisieren. Die Zeichen des Städtischen umgeben uns nach wie vor, wenn möglich sogar dichter. Aber sie haben keine Referenz am Ort mehr, und selbst wo Symbol und Ort zusammenkommen, ist der Bezug zum Ort zweitrangig gegenüber dem Bezug zur Projektion.

Aus der Logik der Notwendigkeiten heraus erscheint jeder Schritt, jedes Projekt im Faulenquartier vernünftig und verständlich, und einige werden sicherlich Erfolg haben und zur Belebung des Stadtteils beitragen. Erst in der Gesamtsicht wird das Bild diffus und verrät, daß es im Grunde nicht so sehr darauf ankommt, was eigentlich gebaut wird.

Dass hier was entsteht, ist das Wesentliche. Gebaut wird gewissermaßen: eine Baustelle. Eine Projektionsfläche. Eine Fiktion von städtischer Lebendigkeit.

Hazyland Als Projekt, das sich in erster Linie politisch versteht, interessieren city.crime.control natürlich vor allem die verbleibenden Interventions-Perspektiven. Wenn das Politische, das Aushandeln von Zielen, einer Notwendigkeitslogik weicht, also dem Abwägen von Lösungen, wird es schwierig, Perspektiven zu formulieren. Einfach auf dem Politischen zu bestehen, wird in der Fiktion verpuffen, nach der alle meinen, noch politisch zu sein, während die Wirklichkeit auf einer anderen Ebene verhandelt wird. Auf diese Ebene zu wechseln, also bei der Fiktion mitzumachen, birgt die Gefahr, selber nur noch zu simulieren.

„Tales from Hazyland“ versucht eine Gratwanderung zwischen Projekt und Projektion, zwischen Form (Fiktion) und Inhalt. Mit Mitteln der Projektion soll versucht werden, den leeren Zeichen städtischen Verschwindens eigene Projektionen und Inhalte entgegenzusetzen.

Es gibt keine Garantie, daß unsere Simulation nicht auch in der Fiktion der Stadt verschwindet. Mehrere Szenarien sind da vorstellbar.

Zum einen stellen wir Projekte und Ansätze vor, die im Unsichtbaren der Stadt ihre Heimat haben. Die Frage ist, können sie danach wieder unsichtbar werden?

Was unsere Präsenz im Stadtteil angeht: sie wurde

bereits als Belebung des Stadtteils beschrieben. Was ist, wenn das stimmt? Wenn die Grundstückspreise steigen, sobald wir weg sind? Wenn unsere Idee der verschwindenden Discotheken Schule macht und von „echten“ Discos übernommen wird?

Realistisch oder nicht, der Gedanke ist verführerisch (und damit gefährlich). Wenn die Transformation des Faulenquartiers ein Erfolg wird, und wenn die verschiedenen Fiktionen sich ordentlich durchmischen, können

alle behaupten, daß ihr Beitrag es gebracht hat (und von allen kann es behauptet werden). Nicht nur Radio Bremen und die Volkshochschule, sogar city.crime.control. Denn wir sind jetzt Teil der Erzählung dieses Stadtteils, ob wir wollen oder nicht.

Christian Vähling (c3)

Spaziergang im Faulenquartier. Einführungstext:

Die Ware Stadt. Zur Kommodifizierung städtischer Politik. Einführung mit anschließendem Spaziergang von Anna Richter. 19. September 2005. 20h. Treffpunkt: Unterführung am Brill

Eine Einführung zur Kommodifizierung städtischer Politik am Beispiel der Umstrukturierungen im Faulenquartier. In einem anschließenden gemeinsamen Spaziergang werden (Orts-)Effekte der Ökonomisierung und Ästhetisierung von Politik und Stadtplanung aufgesucht und auf ihre Auswirkungen im Stadtteil hin untersucht.

Begrüßung Ich fange mit ein paar allgemeinen Anmerkungen an, um die Mechanismen der Umstrukturierungen zu beschreiben, die zu dem Titel ‚Ware Stadt‘ veranlassen. Danach werden wir auf einem gemeinsamen Spaziergang einige der lokalen bzw. Orts-Effekte dieser Ökonomisierung und Ästhetisierung von städtischer Politik und Planung aufsuchen. Daran möchte ich mögliche Auswirkungen auf den Stadtteil aufzeigen. Die Betonung liegt dabei auf gemeinsam, d.h. auf unserem anschließenden Spaziergang sind nicht nur Fragen willkommen, sondern auch Kommentare, Beobachtungen und dergleichen. Mehr Augen sehen mehr.

Ich betone aus zwei Gründen, dass es sich um mögliche, aber nicht zwingende Interpretationen handelt: erstens bin ich sozusagen ortsfremd, d.h. ich wohne nicht im Stadtteil, den ich deshalb aus einer quasi touristischen bzw. wissenschaftlichen Perspektive wahrnehme. Mein Blickwinkel ist also notwendig ein eingeschränkter, den ich nicht über den von AnwohnerInnen stellen möchte. Außerdem folgt eine wissenschaftliche Auseinandersetzung möglicherweise anderen Aspekten als das unmittelbare Erleben. Meine Wahrnehmung kann sich also deutlich von derjenigen der AnwohnerInnen, der LadenbesitzerInnen und der PassantInnen unterscheiden. Zweitens sind die Umstrukturierungen derzeit in vollem Gange, ihre Wirkungen und Effekte deshalb nicht einfach ablesbar, weil sie gerade erst entstehen. Obwohl Vermutungen angestellt werden können, ist es viel zu früh für definitive Aussagen über die Entwicklungen eines Stadtteils, der zum Medienzentrum gemacht wird. Die Veranstaltung ist deshalb als Angebot zu verstehen, die Stadt zu „lesen“. Sie will keine pädagogische, sondern kritische Intervention sein. Natürlich ist die Ware Stadt keine Ware wie

jede andere, die unternehmerische Stadt kein Unternehmen wie jedes x-beliebige andere. Trotzdem findet so etwas statt wie eine „Verbetriebswirtschaftlichung“ der Stadtpolitik. Alles auf Globalisierungsprozesse herunterzurechnen birgt aber auch eine Gefahr: dem Diskurs zu folgen, ohne zu hinterfragen, wessen Interessen dahinter stehen.

Eine Notiz zur Form: Die Spaziergangswissenschaft

Stadtplanung findet normalerweise auf dem Papier statt, verändert dabei aber keineswegs nur die materielle Form der Stadt, also Straßen, Gebäude und Plätze, die sich zeichnerisch darstellen lassen, sondern auch das Leben und Erleben in der Stadt. Zwar ist letzteres durchaus Sinn und Zweck der Planung, die ein Instrument gesellschaftlicher Steuerung ist, doch scheint das im Planungsprozess nicht immer Beachtung zu finden. Planungen, die theoretisch sinnvoll erscheinen, können sich praktisch als unsinnig und nicht durchdacht herausstellen (Beispiel SpacePark).

Mit der Zeit wandeln sich auch die Anforderungen und Aufgaben der Planung, was das ganze nicht leichter macht. Ein Spaziergang durch die Stadt kann darüber Aufschluss geben. Lucius Burckhardt, ein kritischer Planer, hat deshalb in den 80ern die Spaziergangswissenschaft ins Leben gerufen und sie für Studierende der Stadtplanung zum Pflichtfach bestimmt. Damit wies er deutlich darauf hin, dass Reissbrettplanung - also das Entwerfen und Planen auf dem Papier - notwendig zu einer verkürzten Perspektive führen muss. Der Planer, so Burckhardt, erhebe mit der Praxis, zweidimensional auf dem Papier zu planen, diese eingeschränkte Perspektive zum Prinzip und übergehe dadurch die Interessen und Bedürfnisse derjenigen, für die er plant. Die Spaziergangswissenschaft oder „Strollology greift auf die ursprünglichste Form der Weltwahrnehmung zurück“ (Schmitz 2003: 10). Wieder zuhause angekommen, setzen sich die Bilder im Kopf zu einem Gesamteindruck zusammen. Gerade weil globale Grenzüberschreitungen, wachsende Mobilität und zunehmende Vereinheitlichung zur alltäglichen Normalität gehören, kann die Spaziergangswissenschaft auf Zusammenhänge aufmerksam machen, die in der Wechselbeziehung von Raum und den sozialen Beziehungen darin begründet sind.

Erst im Prozess, beim Gehen durch die Stadt, bzw. nach dem Spaziergang kann sich ein Bild von der Stadt ergeben, das auf die vielfältigen Interaktionen, die ihre materielle Form beleben und beherrschen, aufmerk-

sam macht. Wie ein Ort wahrgenommen wird, hängt demnach nicht nur von der subjektiven Perspektive, dem Blickwinkel und dem Standpunkt einer Person ab, sondern auch vom jeweiligen Kontext. Der Brilltunnel ist kein gewöhnlicher Ort für eine Veranstaltung, macht aber gerade dadurch auf die Bestimmung von Räumen aufmerksam. Zwar wird durch die I&K-Technologien ein neues Verhältnis zum Ort möglich, doch resultiert daraus nicht eine Virtualisierung des Raumes. Vielmehr wird die ortsspezifische Lokalität zur Bühne für weitere Raumaneynungen (Bourdieu). Die Ortswahl wird gerade dadurch, dass sie scheinbar so frei ist, zur gewichtigen Aussage. („global denken - lokal handeln“)

Auch in Hazyland stehen die Veranstaltungsorte jeweils in einer ganz besonderen symbolischen Beziehung mit den Inhalten. Fangen wir an mit diesem Ort, der sich dadurch auszeichnet, ein Durchgang zu sein, eine Art Zwischenraum. (Dies gilt natürlich nicht für die wenigen, die im Tunnel ihre Geschäfte betreiben.)

Treffpunkt Brilltunnel Die Wahl für den Treffpunkt zum Spaziergehen ist aus mehreren Gründen auf den Brilltunnel gefallen. Abgesehen davon, dass er bei Regen ein Dach bietet, damit wir uns im Trockenen treffen können, ist er ein interessantes Beispiel für die Gegensätzlichkeit verschiedener Planungsepochen und deren Zweckrationalitäten.

Wir befinden uns in einer in den 60er Jahren gebauten Unterführung mit Gewerbeflächen (Tabakladen, Bäcker, Kiefert). Dieser Ort ist ein Beispiel für die Verschiebung von Bedeutungen. In den 60ern und 70ern wurden in nahezu allen Städten mit großen Verkehrsadern Fußgängertunnel gebaut und als Lösung eines Problems gehandelt, von dem sie nur weiter ablenkten. „Die Gesellschaft überfordert und missbraucht den Gestalter (Planer, Architekten), indem sie ihn ihre Probleme „lösen“ lässt. Der Gestalter löst Probleme intuitiv: Er reduziert ihre Komplikationen auf das sogenannte Wesentliche. Die Summe des vermeintlich Unwesentlichen, das bei dieser Verfahrensweise unter den Tisch fällt, schafft neue, größere Probleme“ (Burckhardt 2003: 26). Die Zunahme des Verkehrs ist eine solche Komplikation, die auf das sogenannte Wesentliche reduziert wird: Das Auto wird als Verkehrsmittel Nr. 1 nicht in Frage gestellt, sondern im Gegenteil: individuelles motorisiertes Vorankommen hat Priorität. Das Problem ist in dieser Rationalität auch nicht die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, sondern die vielen Staus, die störenden Fußgänger, die engen Straßen usw. usf. Die Ursachen (wie z.B. das sog. „Wirtschaftswun-

der“ in den 50ern) werden so wenig in Frage gestellt wie Nebenwirkungen (Lärm, Verkehrstote, Folgen für die Umwelt, etc.), nur soll das Problem möglichst schnell behoben werden. Der Planer nimmt die Perspektive des Autos oder, besser gesagt, der Autofahrer ein und kommt zu dem „logischen“ Schluss: die Straße muss breiter werden, Fußgänger müssen umgeleitet werden, Vorfahrt muss her! Der Tunnel ist also nicht das Resultat einer Politik für FußgängerInnen, sondern eine Entscheidung für Autofahrende, die als fußgängerfreundliche auftritt. Damit wird die Dynamik des zu lösenden Problems stillgelegt und im wahrsten Sinne des Wortes zementiert: „ein momentaner Zustand wird einer ‚dauernden Lösung‘ zugeführt. Indem sich die ‚Lösung‘ als Maßanzug einem Problem überstülpt, blockiert sie dessen weitere Entwicklung, bis dann die Nähte aufplatzen“ (Burckhardt 2003: 26). Das ist genau im Sinne der kommunalen Politik, die an einer schnellen Lösung bzw. Realisierung des von ihr formulierten Problems interessiert ist, weil damit Durchsetzungskraft demonstriert wird. Damit „löst“ die Politik scheinbar Probleme der Gegenwart und erfüllt lediglich momentane Bedürfnisse, zumal nur die einer ganz bestimmten Gruppe (z.B. Autofahrer). Mit der Bearbeitung von Gegenwart wird allerdings Zukunft festgelegt oder zumindest in vorge-schliffene Bahnen gelenkt. Das kann mehr oder weniger nachhaltig in jedem Sinne dieses Worts geschehen. Der gestaltete städtische Raum ist immer auch Resultat politischer Programme.

Indem die Brillkreuzung zum Verkehrsproblem ernannt wurde - was in sich ja richtig war und vielleicht auch noch ist, jedoch nicht darauf reduziert werden darf - fand eine Ordnung der Lösung nach Thematik statt. Diese „Ordnung der ‚Lösungen‘ nach ‚Themen‘, wie sie der heutige Mechanismus von Politik und Bauwesen produziert, widerspricht sowohl rationeller Nutzung wie dem Wesen der Stadt. Die Stadt verlangt keine Sortierung, sondern Überlagerung und mehrfache Nutzung. Gerade die unscharfe Bestimmung der Nutzungen, die Polyvalenz der städtischen Einrichtungen, schafft die Strukturen, welche die Stadt sowohl attraktiv als auch rentabel mach(t)en“ (Burckhardt 2003: 28).

Der Brill ist bis heute ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt: Hutfilterstraße und Martinistraße kreuzen die Bürgermeister-Smidt-Straße und münden in die Faulenstraße; auch Bus- und Straßenbahnlinien kreuzen sich hier am dritten großen Umsteigeknoten neben Hauptbahnhof und Domsheide. Die Kreuzung zeichnet sich vor allem aber durch Merkmale aus, die von StadtplanerInnen mit dem Begriff „Funktionsmischung“

bezeichnet werden. Verschiedene Nutzungen finden am selben Ort statt: Einkaufen, Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Freizeit, etc. Es lässt sich durchaus von einem Ort mit urbanen Qualitäten sprechen, auch wenn dieser Begriff sehr schwammig ist und seine Bedeutung immer wieder neu interpretiert wird. Doch dazu kommen wir später noch.

Im größeren Maßstab ist der Brill eine Art Überleitung von der Innenstadt ins Faulenquartier und umgekehrt. Auf dem Stadtplan ist seine Lage in voller Zweideutigkeit zu erkennen: einerseits ist er peripheres Zentrum, Rand der Stadtmitte und westliche Grenze der Innenstadt, andererseits zentrale Peripherie, eine im Zentrum sich befindende Randlege. Zwar liegen Faulenquartier und Stephani-Viertel innerhalb der Wallanlagen, bilden also gemeinsam mit der Innenstadt die Altstadt, doch markiert der Brill symbolisch und ganz real das Ende der Einkaufsmeile. Das liegt z.B. am Übergang von Fußgängerzone zur Geschäftsstraße und den üblichen Kennzeichen und Gebäudeanordnungen, aber auch am zunehmenden Leerstand Richtung Westen. Welche Lesart vorherrscht, hängt immer auch davon ab, wie die drumherum gelegenen Räume zu einander stehen bzw. gesehen werden. Die Konzentration der Stadtpolitik auf die Entwicklung der Innenstadt ließ das Gebiet jenseits des Brills eine Weile aus den Augen, so scheint es, doch rückte es im Zuge der fiktiven Überseestadt im Hafen plötzlich in seiner ganzen Trostlosigkeit wieder in den Blick. Der Nicht-Ort eignet sich gerade aufgrund seiner Unbestimmtheit als Projektionsfläche. Mit der Umgestaltungs- und Umnutzungspolitik im Hafen erhielt der vergessene und benachteiligte Stadtteil auch eine neue Rolle als Brücke. Brücke ist dabei sowohl wörtlich als auch metaphorisch zu verstehen: wörtlich im Sinne von räumlicher Verbindung, metaphorisch im Sinne verbindender Symbolik. Insofern lässt sich der Stadtteil zwischen Hafen und Innenstadt als eine Art Zwischenraum begreifen, dem damit auch die Funktion der Vermittlung zukommt. Die Umstrukturierungen des Faulenquartiers und Stephani-Viertels zum Medienzentrum sind einerseits im Kontext von Innenstadt- und Hafenentwicklung, andererseits als Zeichen der zunehmend abstrakten Produktion zu sehen.

Mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 haben die kulturellen Strategien der Stadtentwicklungspolitik eine neue Qualität erreicht. Kulturelle Strategien bestehen in der Verwendung von ‚Kultur‘ als einem ideologischen Mittel in der Stadtentwicklung. „Es geht dabei nicht um bestimmte kulturelle Phänomene, sondern um die abstrakte Vorstellung davon, dass so

etwas wie Kultur eigenständig existiert“ (Belina 2003: 91). Eigenständig - ganz so, als hätte sie nichts mit Politik und Ökonomie zu tun. Das geplante Medienzentrum ist eine solche kulturelle Strategie, mittels derer Stadterneuerung betrieben wird. Mit dem Verweis auf Kultur - hier kommerzielle Unterhaltungskultur - wird der Standort des neuen Medienzentrums zunächst privatisiert, dabei jedoch allerorts als Bereicherung für den Stadtteil angepriesen. Eine der Folgen dieser Entwicklung wird jedoch der steigende Bodenpreis und damit Mietpreis sein - auch das verbirgt sich hinter der Formel „Revitalisierung“, die letztlich nicht nur die Belebung bisheriger Leerstände sondern auch die Verdrängung bisheriger Nutzungen bedeutet. Aller vernünftigen Skepsis zum Trotz wird die Tatsache, dass sich im Stadtteil was tut, positiv bewertet.

Die Umstrukturierungen sind vor allem dadurch möglich, dass die Stadt Bremen eine Kooperation, ein public-private Partnership, mit Radio Bremen und anderen Investoren eingeht. Obwohl die Formel „private money public gain“ vielversprechend klingt, darf sie nicht blenden. Zum einen besteht der angeblich öffentliche Nutzen privater Investitionen darin, die Marke Bremen nach außen zu kommunizieren. Zum anderen soll damit der maroden Stadt fortschrittliche Entwicklung ermöglicht werden, die jedoch zum Ausverkauf der Stadt führen kann. In diesem Sinne sind derzeit z.B. die Debatten um die Privatisierung der GEWOBA zu sehen.

Diese Entwicklungen werden als Kommodifizierung verstanden. Wörtlich ist damit gemeint, dass städtische Räume zur Ware gemacht werden.

Anna Richter

Belina, Bernd (2003): Kultur? Macht und Profit! zu Kultur, Ökonomie und Politik im öffentlichen Raum und in der radical geography. in: Hans Gebhard, Paul Reuber, Günter Wolkersdorfer (Hg.) (2003): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag. S. 83-97

Burckhardt, Lucius (2003): Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Herausgegeben von Jesko Fezer und Martin Schmitz. Kassel: Martin Schmitz Verlag

Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer, angeeigneter Raum. in: Martin Wentz (Hg.) (1991): Stadträume. Frankfurt am Main: Campus

Spaziergang durch den Stadtteil Faulenquartier/Stephani-Viertel am 19. September 2005 * 20h im Brill-Tunnel mit Anna Richter

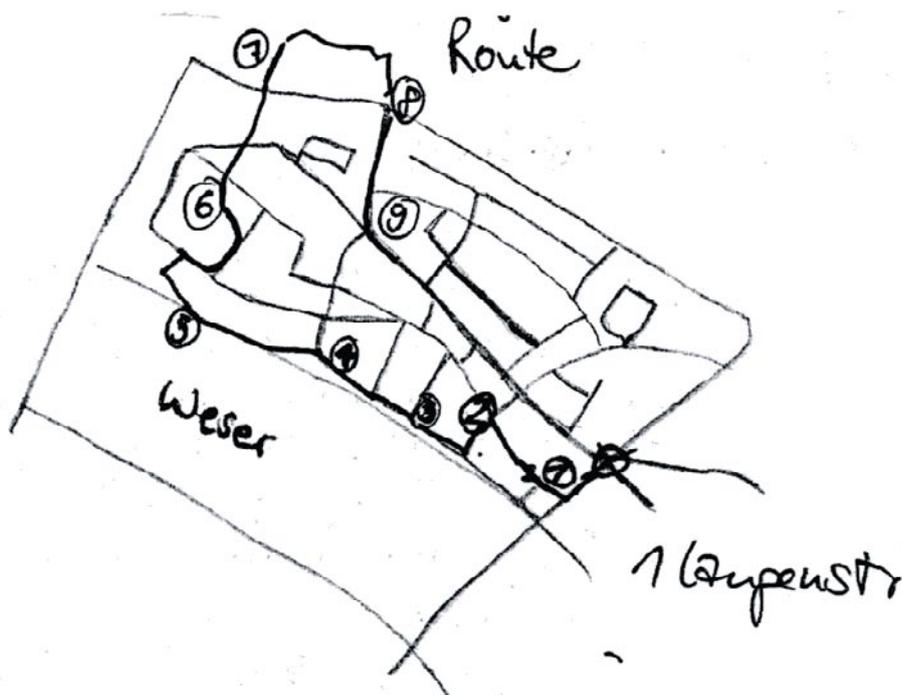
1. Station: **Aparthaus / Hotel Überfluss**

In der Langenstraße werden derzeit mehrere nebeneinander liegende Häuser aufwändig renoviert, die ab Mitte Oktober 2005 das Hotel Überfluss beherbergen werden. Das exklusive Hotel kooperiert dann mit dem Aparthaus, das sich bereits dort befindet. Beide zusammen stehen für gehobene Gastronomie bzw. Hotelgewerbe und exklusive Lebensqualität. Abgesehen vom Preis für eine Übernachtung mit Frühstück (139.-) stehen dafür bereits die Namen, die zum Programm gemacht werden und Luxus im Überfluss bieten (zum Vergleich: eine Übernachtung mit Frühstück kostet im Ibis Hotel gleich um die Ecke 59.-).

Eines der Hauptziele der Stadt Bremen ist die Entwicklung der Tou-

ristikbranche. Das Faulenquartier eignet sich dabei hervorragend für die Unterbringung: erstens verfügt es über fußläufige Anbindungen in die Innenstadt und liegt direkt an der Flanier- und Vergnügungsmeile Schlachte, zweitens haben sich hier in den letzten Jahren unzählige Gastronomiebetriebe angesiedelt und drittens lassen sich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vom Knotenpunkt Brill aus die Sehenswürdigkeiten der Stadt sowie die Geschäftszentren bestens erreichen. Hotels verkörpern geradezu die zunehmende Mobilität von Teilen der Gesellschaft. Die Zahl der beruflich reisenden Menschen steigt und auch der Städtetourismus wird immer beliebter, weil er eine vergleichsweise billige Alternative zu großen Urlaubsfahrten darstellt. Doch stehen der wachsenden Zahl Handlungsreisender diejenigen gegenüber, die weder verreisen noch gegen Bezahlung arbeiten. Die städtebauliche Betonung der Mobilität, die allgegenwärtige Sicht-

barkeit von Hotels als Inbegriff des Unterwegsseins, soll nicht nur den Reisenden den Weg zum Hotelbett garantieren, sondern steht auch in grellem Kontrast zu der Tatsache, dass viele Menschen nicht mal eine Wohnung haben, geschweige denn es sich erlauben können zu reisen. Mit den Hotels entstehen Kongresszentren und neue Gastronomiebetriebe, die sich wiederum einsetzen für die ästhetische Aufbereitung der Umgebung und damit die kulturelle Infrastruktur ausbauen: es werden Schilder angebracht, die den Interessierten kurze historische Informationen liefern und den Weg zum nächsten touristischen Highlight weisen. Doch diese Schilder liefern Interpretationen, die ganz bestimmte Lesarten von Orten, Gebäuden und historischen Daten darstellen. Gerade die Auslassungen markieren die Inszenierung des städtischen Raumes, der auf ein für Touristen zugeschnittenes Maß reduziert wird.



2. Station: **Am Fangturm**

Der Platz Am Fangturm ist ein Beispiel für verschiedene städtische Strukturen, die sich hier überlagern und unterschiedliche historische Epochen markieren. Im Mittelalter befand sich hier der Fangturm, ein Gefangenenurm, der nicht nur Namenspatron der heutigen Straße geworden ist, sondern dessen Fundamente sich immer noch unter dem künftigen Parkplatz des Hotel Überfluss befinden. Der Turm wurde im 16. Jahrhundert abgerissen, als die Stadtmauer bereits seit etwa drei Jahrhunderten das Faulesnquartier bzw. Stephani-Viertel mit einschloss und das Gefängnis an anderer Stelle am westlichen Stadtrand errichtet worden war.

Im 18. Jahrhundert ließ sich die Firma Melchers & Co. in der Straße Am Fangturm nieder und begann eine steile Karriere als großes Handelshaus. Neben China- und Kolonialhandel wurde eine Reederei und zunehmend ein Geschäft mit der Auswanderung betrieben. Die Familie Melchers ging als kultureller Mäzen in die Bremer Geschichte ein, wovon heute noch die Melchersbrücke im Bürgerpark zeugt. Heute findet hier einmal wöchentlich (freitags) ein Bauernmarkt statt, auf den ein Schild hinweist. Es handelt sich um ein Projekt zur Belebung des Quartiers, das ein Zeichen gegen den Mangel an Einzelhandel setzen soll. Die Lage sowie die Ausrichtung des Bauernmarktes deutet jedoch auf eine Öffnung nach außen hin; der Markt ist nicht in erster Linie bzw. alleinig für die QuartiersbewohnerInnen eingerichtet worden.

3. Station: **Jugendgästehaus - Jugendherberge**

Die Jugendherberge steht ganz im Zeichen des neuen Tourismus. Sie repräsentiert eine moderne Stadt, die mit Architektur Zeichen setzt und sich der Welt öffnet. Diese Öffnung, Teil der Umstrukturierungen im Stadtteil, ist ebenfalls eine nach außen, die nicht aus dem Stadtteil heraus zu stande kommt. Die Stadt macht sich schön und wird herausgeputzt: der materiellen Oberfläche wird dabei erheblich mehr Aufmerksamkeit gewidmet als den sozialen Beziehungen, die sich darunter befinden und bewegen. Die Gestaltung der Stadt ist offensichtlich an Besucherinnen und Besucher gerichtet, ebenso an Investoren und Entwicklungsgesellschaften, nicht jedoch an diejenigen, die hier wohnen. Die Aufhübschung der Fassaden lässt darauf schließen, dass der Kontrast zwischen außen und innen sich verstärkt.

4. Station: **Baustelle Radio Bremen**

Zunächst dazu, was vorher hier stand: das Parkhaus Diepenau wurde abgerissen, um Platz zu machen für einen Teil des neu entstehenden Medienzentrums Radio Bremen. Weil Parkplätze jedoch weiterhin gebraucht werden und wegen des Abrisses sogar ein neues gebaut werden muss, ist natürlich eine Erklärung sowie die Schaffung neuer Parkplätze notwendig. Diese lautet: es sei eh an der Zeit gewesen, den städtebaulichen Unsinn abzureißen, um so besser, dass sich eine neue Nutzung für die Fläche gefunden hat. Die Stadt am Fluss - ein Slogan, mit dem Bremen in letzter Zeit verstärkt wirbt (vgl. Hotel Überfluss) - habe

es ja nun wirklich nicht nötig, den Blick auf die Weser als Parkplatz zu missbrauchen! Das ehemalige Parkhaus ist nur ein Beispiel für die Verschiebung von Bedeutungen. In den 70er Jahren wurden genau die Argumente, die heute gegen eine Nutzung als Parkhaus verwendet werden, für den Bau herangezogen: innenstadtnahes Parken jenseits der Hauptverkehrsachse Faulenstraße, abgelegen aber zentral. Für die Schaffung neuer Parkplätze sorgt derweil die Firma BREPARK an der Faulenstraße Ecke Doventorstraße, wo ein neues Parkhaus gebaut wird. Die Hälfte der Kosten übernimmt Radio Bremen, das dafür Stellplätze zur Verfügung gestellt bekommt. Auch dort wurde zuvor abgerissen, Stadterneuerung durch Abriss eingeleitet. Das Grundstück gehörte ehemals Eggers und Franke, einem Spirituosenhandel.

Nun zu der Baustelle, die sich hier ausbreitet. Hier werden drei Gebäude entstehen, die zusammen das Medienzentrum bilden sollen. Auch hier lässt sich die Verschiebung der Benennung erkennen: hatte das Parkhaus noch die Bezeichnung Diepenau, weil es sich auf die Straße bezog, wird das hier entstehende Radio Bremen Gebäude Weser Haus heißen. Aufgrund der Einsparungen, die Radio Bremen vornehmen muss, entstand die Idee, die Standorte Funk und Fernsehen zusammenzulegen und dabei ins Zentrum zu gehen. „Ein Sender für Bremen muss in Bremen sein“ - so der Intendant Glässgen auf einer Podiumsdiskussion. Auch hier wird die Verschiebung von Bedeutungen offensichtlich: statt Einzelhandel ziehen Dienstleistungsfirmen der Neuen Medien Branche ins Stephani-Viertel. Symbolisch wird auch damit das Motto „Stadt am Fluss“ wieder aufgegriffen: die gemeinsa-

me Nutzung der Infrastruktur soll einen Datenfluss mit Synergieeffekten möglich machen.

Viele Einwohner sind durchaus skeptisch, exemplarisch sei an dieser Stelle ein Kommentar genannt, der die Ungewissheit über die Veränderungen deutlich macht: „Mal sehen, wie das hier wird, wenn Radio Bremen hier einzieht... Dann werden die Rundfunkgebühren erhöht und gut ist.“

5. Station: Stephani-Viertel Die Kirche bildet den Mittelpunkt einer der ältesten Siedlungen Bremens, die früher Steffensstadt hieß. Dorf und Stift lagen zunächst sogar außerhalb der Stadtmauern und hatten ihr eigenes Pendant zur Bremer Bürgerweide, die Stephanikirchenweide. Sie war die Gemeindefeld, die später erst einer Ziegelei Platz machte und im 19. Jahrhundert dem Bau verschiedener Industriebetriebe. 1885 wurde der größte Teil durch den Bau des Freihafens in Anspruch genommen; eine Straße im Hafengebiet heißt heute noch Stephanikirchenweide. Nachdem die Steffensstadt 1305 in den Bremer Stadtmauerbereich eingegliedert wurde, entwickelte sich die Gegend schnell zu dem am dichtesten besiedelten und ärmsten Stadtviertel. Hier wurde das Armenhaus gebaut, das zwischen der Großenstraße und der Weser lag und bis zu 300 Personen aufnehmen konnte. Es wurde jedoch immer mehr zum Altersheim, bis 1913 das Focke Museum dort einzog. Weil es im Krieg komplett zerstört wurde, ist heute nur noch der Focke-Garten zu sehen. Auch das Zucht- und Werkhaus befand sich im Stephani-Viertel. Ansonsten standen hier vor allem Packhäuser. Nach dem Krieg glich das Stephani-Viertel einer Mondlandschaft.

Die perfekte tabula rasa für die Planung am Reißbrett: Lediglich von der Kirche waren der Turm und ein Gewölbe, sowie ein paar der Außenmauern übrig geblieben. Den Architekten und Planern war freie Hand gegeben, den Ort neu zu gestalten. Die Restaurierung der Kirche sowie der Neubau eines Wohngebietes standen im Mittelpunkt der Planungen durch die Wohnungsbau- und Treuhandgesellschaft, der nach 1945 die Eigentumsverhältnisse übertragen worden waren. Deshalb mutet das Rondell heute auch an wie ein Dorf mitten in der Stadt. An der Weser befindet sich eine Schule, Richtung Wall liegt die Seemannsmission, die beiden öffentlichen Gebäude im Viertel. Abgesehen von der Kirche hat der Stadtteil damit nicht nur sein „Gesicht“ verloren, sondern auch einen Funktionswandel erlebt: vom Packhausviertel mit Expeditionen zur Wohngegend mit Schule und Verkehrsschneise, abgetrennt und abgeschnitten vom Rest der Innenstadt.

Obwohl nicht sehr weitläufig, ist dieser Stadtteil sehr divers, und zwar hinsichtlich seiner Nutzungen, seiner Baustile und seiner NutzerInnen. Fragen zur „Identität“ des Stadtteils führen zunächst zur Diskussion über den Namen: Stephani-Viertel oder Faulenquartier? Oder Faulenviertel oder Stephaniquartier? Nicht nur deshalb fehle hier eine Identität, beklagt wird hauptsächlich der massive Leerstand und die dadurch fehlende Infrastruktur. Der fehlende Einzelhandel wird auf die Unfähigkeit der Stadtentwicklung, diesen zu beleben, zurückgeführt, deshalb, so der O-Ton „glauben die Leute hier gar nichts mehr.“ Während die Schlachte an der Weser seit einiger Zeit zur Vergnügungsmeile ausgebaut wurde und so die „Stadt am

Fluss“ repräsentiert, befindet sich kaum 200m weiter westlich (also hier) eine regelrechte Schlafstadt ohne Nachtleben, ohne Orte für soziales Leben wie Kneipen, Treffpunkte etc. In den nächsten Jahren, soviel scheint sicher, wird sich hier einiges verändern, es wird nicht bei dem Medienzentrum Radio Bremen bleiben. Es gibt auch schon neue Ideen. Als Objekt der Begierde stellt sich die Schule heraus. In den 70ern ohne Bedacht auf die Lage am Fluss gebaut, wird bereits auf die günstige Lage spekuliert. Das war Anlass für eine Beschlussfassung des Beirats Mitte vom 7.2. diesen Jahres, aus der ich zitiere:

„Seit Jahren kursieren Gerüchte über die Schließung der Grundschule Vor dem Stephanitor. Im Hintergrund stehen dabei zum einen Bestrebungen, das an der Weser gelegene Gebäude gewinnbringend zu vermarkten, zum anderen die Erweiterung der Schule am Wandrahm, die den beruflichen Bereich aufnehmen soll, der sich bislang in der Schule Vor dem Stephanitor befindet. Die Schule ist eine einzige Grundschule mit etwa 75 Schülern. Der Ausländeranteil ist hoch. Wohnort dieser Schüler ist vor allem das Gebiet am Breitenweg. Die Statistik zeigt einen leichten Anstieg der Schülerzahlen im Einzugsgebiet Innenstadt/West.

Der Beirat Mitte fordert:

1. Ein Grundschulangebot in der westlichen Innenstadt muss erhalten bleiben.
2. Bis zum Herbst soll eine detaillierte Untersuchung über die Grundschul-Versorgung in der westlichen Innenstadt vorgelegt werden (woher kommen die Schülerinnen und Schüler der Stephanischule, wo gehen die Kinder der westlichen Innenstadt zur Schule, welche Verän-

derungen sind zu erwarten?).

3. Die Behörde wird um Prüfung gebeten, ob eine räumliche Integration der Grundschule Vor dem Stephaniator im Gebäude Am Wandrahm in Kooperation mit dem Alten Gymnasium möglich ist.

4. Es soll möglichst bald ein Runder Tisch eingerichtet werden, an dem die Entwicklung der Innenstadt unter den Aspekten der Bildungsangebote, Kinderbetreuung und des Wohnens diskutiert werden soll.

Zur Begründung:

Der westliche Teil der Innenstadt befindet sich im Umbruch. Die bevorstehende Ansiedlung von Radio Bremen wird zu Veränderungen im Quartier führen. Im Herbst 2004 wurde eine Untersuchung „Wohnen an Wall und Weser“ vorgelegt, die dem Wohnen in der Innenstadt neue Impulse geben will.

Der Beirat möchte eine kinderfreundliche Innenstadt. Er ist der Überzeugung, dass eine Entwicklung des Innenstadtbereichs als Wohnort mit einem entsprechenden Grundschulangebot verbunden sein muss. Zu einer attraktiven City, in der das Wohnen auch für Familien mit Kindern möglich ist, gehört eine Grundschule, die auf kurzem Weg vom Wohnort der Kinder erreichbar ist. Sollte das bisherige Schulgebäude nicht weiter genutzt werden können, sind andere Räumlichkeiten im Stadtteil, wie zum Beispiel die Gebäude Am Wandrahm in die Überlegungen einzubeziehen.

Da das Gebiet der westlichen Innenstadt große Unterschiede hinsichtlich der Sozialstruktur, der Verteilung von Wohnraum und Büronutzung sowie der Verkehrsbelastungen aufweist, halten wir eine Diskussion für notwendig, bei der zur Weiterentwicklung die verschiedenen Aspekte gemeinsam betrachtet werden.“

6. Station: Fußgängerbrücke am Nordwestknoten In den 80er Jahren wurde der Nordwestknoten gebaut, der die B75 mit der Route nach Norden verbindet. Die Beton-schneise trennt das Stephani-Viertel von den Wallanlagen und dem Hafen und trägt mit dazu bei, dass AnwohnerInnen den Stadtteil als „gequetscht, zergliedert und zerfleddert“ beschreiben. Zwischen dem Stephani-Kirchhof und diesem Ort liegen Welten, dennoch grenzen sie aneinander. Die durch die Schneise geschaffene Grenze gab es jedoch schon vor dem Bau der Straße, als nämlich die Bahnverbindung vom Bahnhof über die Weser gebaut wurde und das Stephani-Viertel vom Hafen abschnitt. Der Ort wird hier ganz auf motorisierte Vorfahrt reduziert, er verfügt kaum über Aufenthaltsqualität. Die Fußgängerbrücke ist die einzige Möglichkeit, die Asphaltbahnen zu überqueren und in die Wallanlagen zu gelangen. Fast mutet die Straße deshalb an wie eine neue Stadtmauer, die Brücke wie ein Tor. Tatsächlich handelt es sich um eine Grenze ganz im Sinne der Charta von Athen, die die Funktionstrennung zum wichtigsten Ordnungsprinzip erhob. Arbeiten, Wohnen, Erholen, Verkehr sollten getrennt von einander organisiert werden. Das ist hier bestens zu sehen.

Die eingangs erwähnte Brückenfunktion des Faulenquartiers, zwischen Innenstadt und Hafen bzw. fiktiver Überseestadt zu vermitteln, wird hier konkret. Die Beschlüsse sind gefasst worden, unter dem Nordwestknoten hindurch die Verkehrsanbindung in den Hafen zu bauen. Dort wird auch die Straßenbahn der Linie 3 entlang geleitet. Die Verkehrsachsen am nordwest-

lichen Rand des Stephani-Viertels werden zwar von allen Seiten kritisiert und des öfteren auch als städtebaulicher Fehler bezeichnet, doch kommt der Knoten der Umnutzung des Hafens jetzt zu gute.

7. Station: Unterführung Am Wall/Doventorstraße

Während der Brilltunnel noch den Charme der 60er ausstrahlt, mutet diese Unterführung wie ein aufgegebenes Ort an. Das liegt nicht nur an seiner spärlichen Benutzung, sondern vor allem am abnehmenden Fußgängerverkehr, der noch dazu inzwischen oberhalb des Tunnels entlang geleitet wird. Bevor ich mir eine Route für den Spaziergang überlegte und dabei auf diesen Ort stieß, war mir nicht einmal bekannt, dass es ihn gibt. Auch scheint es ganz so, als hörten die Wallanlagen im kollektiven Bewusstsein auf der anderen Seite der Kreuzung auf. Tatsächlich ist der Teil der ehemaligen Befestigungsanlagen, durch den wir eben gelaufen sind, ein dead end, eine Einbahnstraße. Früher stand hier mal eine Mühle, heute liegt hier der Hund begraben. Die projektorientierte Planung hat seit etwa zwei Jahrzehnten die sogenannte integrierte Stadtentwicklungsplanung abgelöst. Galt es bis dahin noch, Gesamtkonzepte im Sinne eines Masterplan umzusetzen und die Stadt und ihre Teile als Ganze zu beplanen, so herrscht jetzt eine Projektmentalität vor, die den Zusammenhang mehr und mehr aus den Augen verliert. Die Aufhübschung von Teilen der Stadt - meist handelt es sich um solche, die entweder zentral liegen und von Touristen besucht werden - produziert eine Art „Oaseneffekt“ (Häußermann/Siebel 1993). Dementsprechend vernachlässigt werden andere Räume,

z.B. dieser Tunnel. Auch das liegt wiederum daran, dass die Unterführung nur eine einzige Funktion hat und - im Gegensatz zum Brilltunnel - Teil der Peripherie ist. Die Kommodifizierung der Stadt macht sich gerade an solchen Orten bemerkbar, die nicht vermarktbar sind.

8. Station: **Faulenstraße / Doventorstraße**

Das, was das Faulenquartier auszeichnet, seine Funktionsmischung und das „Neben- und Nacheinander unterschiedlicher realisierter Städtebau- und Planungskonzeptionen“ (Rodenstein 1991: 32), wurde hier nach 1945 konsequent neu angeordnet: Die Faulenstraße als Geschäftsmeile, das Stephani-Viertel als Wohnquartier, Schneisen für den motorisierten Individualverkehr und Wallanlagen für die Erholung. Damit wurde genau der Entwicklung Vorschub geleistet, die heute

als großer Fehler betrachtet wird: Gegenwärtige Stadterneuerung ist nämlich vor allem auf zwei Punkte aus: Nutzungsmischung und kreative Entwicklung von innen heraus. Beides bleibt im Stephani-Viertel auf der Strecke.

Das Bamberger-Kaufhaus, in den 30er Jahren von Julius Bamberger eröffnet, war eines der modernsten Kaufhäuser Europas (erste Rolltreppe). Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten musste Bamberger Ende der 30er auswandern, das Geschäft wurde noch für kurze Zeit von anderen Kaufleuten genutzt, bis es 1945 durch Bomben zerstört wurde. Interessant ist in diesem Kontext die Tatsache, dass nicht so leicht herauszufinden war, wer das Kaufhaus arisiert hatte, während die Sorte Bomben (Brandbomben), die es zerstört haben, an mehreren Stellen genannt wurde. Nach dem Krieg erhielt es eine andere Fas-

sade und diente zuletzt als Ausgleichsamt.

Derzeit wechselt es wieder einmal seinen Besitzer. Nachdem der Investor Hübötter es von der Stadt erworben hat, soll es ab 2006 von der VHS als Stammhaus genutzt werden, die derzeit über viele einzelne Standorte in der Stadt verteilt ist. Eine Viertel Million Besucher jährlich werden dem Stadtteil versprochen - Zahlen, die auch für Unbehagen sorgen, vor allem im ruhigen Stephani-Viertel um den Stephanikirchhof herum, denn dort fürchten die AnwohnerInnen um ihre (heilige) Ruhe. Die Schlachte westlich der Bürgermeister Smidt-Brücke, so lautet die einhellige Meinung, darf auf gar keinen Fall eine Fortsetzung der „Halligalli-Meile“ werden.

Anna Richter

Gegenwart der Arbeit

Dies ist eine Geschichte über die Gegenwart der (Lohn-)Arbeit und vor allem die ihrer Abwesenheit – erzählt als Geschichte der Kämpfe der von Hartz-IV Betroffenen. Der Schauplatz ist Bremen. Der Fokus unserer Geschichte liegt hier vor allem deswegen, weil sich daran Proteste organisiert haben, an denen wir mit Betroffenen zusammen beteiligt waren.

In Bremen sind es offiziell ca. 17 % der Bevölkerung, die arbeitslos gemeldet sind. Nicht darunter diejenigen, die in 1-Euro-Jobs oder in einer anderen Form von „Qualifizierung“, „Training“ stecken. Gut 2500 Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, arbeiten inzwischen in 1-Euro-Jobs, weitere 1500 sind geplant.

Widerstand auf den Ämtern Die Sozial- und Arbeitsämter wurden seit dem 3. Januar 2005 komplett umstrukturiert: Es gibt eine Neuzusammensetzung der Beschäftigten in Form der Bremer Agentur für Integration und Soziales (BAGIS); ein monatelanges Chaos rund um Formulare und Verfahren. Ein Nebeneffekt: Nie waren die Beschäftigten freundlicher – in Anbetracht der Angst vor Handgreiflichkeiten (keine Seltenheit) und der peinlichen Unwissenheit bei Sachfragen (ebenfalls keine Seltenheit) auch ratsam.

Schon im Vorfeld wurde der Druck auf HilfeempfängerInnen erhöht, durchaus mit in der Hoffnung, dass viele das Antragsstellen von Arbeitslosengeld II (ALG II) durch zahlreiche Verunsicherungen und Erniedrigungen aufgeben. Missinformation, verschlossene Türen, Fristsetzungen und pauschales Abweisen von Anträgen waren gang und gebe.

Es hat sich Widerstand dagegen gebildet: Zu den individuellen Protestformen haben sich auch kollektive gesellt, mit bundesweiten Kampagnen und lokalen (Selbsthilfe-)Initiativen. So greifen z.B. aufklärende Sozialberatung, politische Aktionen und Verfassungsklagen als unterschiedliche Formen ineinander.

Die Bremer Politik antwortet darauf recht deutlich – wie z.B. durch Abschottung der Agentur für Arbeit am 3. Januar mit großem Polizeieinsatz gegen die AntiHartz-Proteste oder z.B. durch finanzielle Austrocknung der unabhängigen Beratungsstellen.

Widerstand gegen 1-Euro-Jobs Praktische Initiativen im Bereich der 1-Euro-Jobs in Bremen sind ins Rollen gekommen – zunächst stand die Recherche im Vordergrund, jetzt gesellt sich die Einmischung dazu. Dabei wird bedacht, dass für ALG-II-EmpfängerInnen die 1-Euro-Jobs je nach individueller Perspektive sehr unterschiedliche Dinge bedeuten können. Für die einen steht die Schikane und die Kürzung im Vordergrund, für die anderen die Erweiterung eigener Handlungsmöglichkeiten.

Die Zeiten der ABM-Maßnahmen oder BSHG-19-Stellen sind vorbei, die Zeiten von 1-Euro-Jobs für ALG-II-BezieherInnen sollen beginnen. Die bremer arbeit gmbh (bag) verteilt Gelder zur Einrichtung von 1-Euro-Jobs und fungiert in Bremen als „Qualitätssiegel“ der jeweiligen Maßnahmen, indem sie Standards setzt – und angeblich auch prüft. Der Sitz der bag ist im Faulenquartier, Langenstraße 38-42.

Träger bilden Netzwerke, die dann wiederum 1-Euro-Jobs beantragen. Die BAGIS wiederum weist den HilfeempfängerInnen 1-Euro-Jobs zu. Die Träger verwalten, kontrollieren und denunzieren gegebenenfalls die 1-Euro-JobberInnen beim Amt. Die Ablehnung heißt dann in der Regel: 30 % bis 100 % Kürzung der Bezüge. ArbeitnehmerInnenrechte gegenüber dem Träger sind nicht vorgesehen. Nicht wenige Träger machen ein Geschäft mit 1-Euro-JobberInnen, davon sind einige auch in der Faulenstraße zu finden.

Gerade die Quantität der 1-Euro-Jobs wird ihre Qualität ausmachen: Hier werden Standards gesetzt für Niedrigstlöhne, die allgemeine Akzeptanz von Zwangsdiensten und die Disziplinierung der Erwerbslosen und Erwerbstätigen.

Vielen Trägern bleibt wiederum bei der Kürzung der Mittel keine große Wahl und das Kämpfen gegen Kürzung und Privatisierung wird in der Regel gar nicht erst in Erwägung gezogen. Nach dem Motto: Augen zu und durch, in der Hoffnung, dass es eineN nicht ganz so schlimm erwischt. Dabei zeichnet sich ab, dass sich die Spirale von Kürzungen, Arbeitszeitverdichtung, Einsatz von BilliglöhnerInnen und Zwangsdiensten endlos fortsetzen lässt, wenn sich keine entschiedene und solidarische Gegenwehr von unten organisiert.

Zum Kontext von Hartz IV - zu Perspektiven der Proteste

Hartz IV ist nur ein Teil der Agenda 2010, und dieser Sozialabbau ist nur ein Teil umfassender Umstrukturierungen wie Demokratie-Abbau, Privatisierung aller öffentlichen Güter (wie Bildung, Gas, Wasser, Strom, Wohnungen, Post, Bahn etc.) und der Terror-Pakete, die nicht nur den 'Kulturkampf' gegen die Muslime ausrufen, sondern auch Repressionsinstrumente gegen alles Mögliche darstellen.

So sehr wir gegen die Hartz-Gesetze kämpfen, so wenig wäre unser Ziel mit der Rückkehr zum Sozialstaat der 1970er Jahre erreicht. Nicht nur ist es praktisch ganz unmöglich, zum fordistischen Regulations-Regime (mit männlicher Vollbeschäftigung und weiblichem Hausfrauen- und Zuverdienerdasein) zurückzukehren; es entspräche auch nicht unseren Vorstellungen eines schönen Lebens!

Entsprechend lehnen wir auch Parolen wie "Weg mit Hartz IV - das Volk sind wir!" ab. Denn in einer Stadt, die nie von volkseigenen Betrieben, aber sehr wohl von der Volksgemeinschaft geprägt war und in der genug Leute von miesen Lebensbedingungen betroffen sind, die sich aus leicht verständlichen Gründen hier nicht zum Volk zählen (können) kann das "Volk" nicht das sein, auf das wir uns beziehen wollen.

Wir haben stattdessen begriffen, dass Hartz IV ein wesentliches Mittel ist, den allgemeinen Politikwandel auf ArbeitnehmerInnenseite umzusetzen der auch Neoliberalismus genannt wird. Dieser Wandel weg von nachfrageorientierter hin zu angebotsorientierter Wirtschaftspolitik ist kein Phänomen von Deutschland allein, sondern international/global.

Das Ziel ist größtmöglicher Druck auf alle Lohnabhängigen, die Methode die Deklassierung der Erwerbslosen. Da bleibt die erhoffte Wirkung nicht aus: Die Angst der Erwerbstätigen vor der Deklassierung führt dazu, dass kaum noch wer auf der Arbeit aufmuckt gegen Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und -verdichtungen.

Die Konsequenzen sind klar: Wir brauchen den Abschied von der Ideologie der Vollbeschäftigung – also eine radikale Arbeitszeitverkürzung und die Entkoppelung von Erwerbstätigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe – also ein bedingungsloses Grundeinkommen!

*Norbert Jagemann und Andrea Munjic (andiamo! projekt linke basis)
www.andiamo.de.vu Kontakt: andiamo-@gmx.de*

Intimität, Gemeinschaftlichkeit und Offenheit in einer elektronischen Stadt

Während sich in der 90er Jahren das Internet zu einem globalen Kommunikationsmedium entwickelte, wurde mit »Cyberspace« die Vision einer virtuellen Welt beschrieben, die als ein gänzlich andersartiger Raum eine neue, grenzenlose Freiheit versprach. Weit entfernt vom schnöden »Real Life« der hiesigen Welt, sollte der Cyberspace mit Hilfe von Datenhelmen und anderen klar definierten Schnittstellen erreichbar sein. Etwa zur gleichen Zeit kamen die ersten, wenn auch noch unförmigen, aber dennoch schon einigermaßen tragbaren Funktelefone auf den Markt und die GSM-Netze wurden aufgebaut. Seitdem haben sich etliche Visionen und Metaphern einer virtuellen Realität verbraucht. Die verschiedenen Baustellen digitaler Städte sind verwaist und realweltliche Machtstrukturen haben ihre Wirkung auch im Virtuellen entfaltet. Das Internet hat sich dennoch, wenn auch auf eher profane Weise, beständig weiterentwickelt und SMS und andere Technologien mobiler Kommunikation haben sich im Alltag etabliert. Die vorherrschende Form CPU-basierter Systeme verändert sich vom statischen, grauen Desktop-PC hin zum mobilen und vernetzten Kleinstgerät, das als Hybrid aus Telefon und Computer – im Prinzip jederzeit und überall – im physikalischen Raum präsent sein kann. Anstatt nur andere Welten zu generieren, beeinflussen digitale, vernetzte Medientechnologien verstärkt vorhandene Räume und entfalten damit ihre Wirkung, ähnlich wie zuvor Typografie oder das Radio.

Lev Manovich beschreibt in diesem Kontext eine zunehmende, gegenseitige Überlagerung von physikalischen und elektronischen Raum-Schichten. Dabei werden Informationen aus dem öffentlichen, physikalischen Raum gelesen (Videoüberwachungskameras, RFID-Tags, GPS-Geräte) und in ihn übertragen (elektronische Displays, Mobiltelefone, Funknetze). Dem Mobiltelefon kommt bei dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle zu, an ihm lassen sich bereits verschiedene, aus einer sich verstärkenden gegenseitigen »Interpenetration« resultierende Effekte beobachten: Der Gebrauch eines Mobiltelefons im öffentlichen Raum erzeugt eigene, temporäre Raumstrukturen. Dieser »Cellspace« (David Benaïm) bewirkt dabei nicht nur eine kurzzeitige Privatisierung der unmittelbaren Umgebung, er stellt auch eine spontane Verbindung zu einem anderen, entfernten Raum her. Durch diese gleichzeitige Präsenz an zwei Orten werden eine Reihe von elektronischen Daten

erzeugt und in den jeweiligen physikalischen Raum übertragen. Das Mobiltelefon ist insofern ein Baustein einer voranschreitenden gegenseitigen Durchdringung der verschiedenen medialen wie physikalischen Räume.

Durch die Möglichkeit, die bei der Benutzung entstehende Daten, die über den Inhalt der Kommunikation, den Kommunikationspartnern sowie über den Aufenthaltsort der Benutzerin Aufschluss geben, aufzuzeichnen und auszuwerten, sind mobile Telefone auch potentielle Werkzeuge einer allgegenwärtigen Überwachung, die zudem freiwillig vom überwachten Subjekt mit sich getragen werden. Gleichzeitig aber ermöglicht das Mobiltelefon als Instrument der Selbstermächtigung eine orts- und zeitungebundene Organisation von persönlichen, sozialen Netzwerken. Dies bewirkt eine weitere Unabhängigkeit von den unmittelbaren räumlichen (und zeitlichen) Begebenheiten hin zu einer eher personenbezogenen Ausrichtung: »Place does not matter, person does« (Berry Wellmann). Im Zuge der weiteren Verbreitung dieser Technologien des Cellspace wird so nicht nur die Wahrnehmung der physikalischen Ebenen durch die elektronischen Schichten gefiltert, sondern auch Auswirkungen auf die Nutzung und Benutzbarkeit dieser Räume haben.

Am Beispiel der japanischen »Thumb tribes« lässt sich eine Veränderung in den sozialen Mikroebenen des persönlichen Umfeldes beschreiben. Für japanische Jugendliche, die mit Texting (SMS schreiben) ihren Alltag und ihr soziales Netzwerk organisieren, ist diese Form mobiler Kommunikation nicht nur nützliches Werkzeug, sondern auch Bestandteil ihrer Mode und kulturellen Codes, der ihre Wahrnehmung von Raum und Zeit verändert. Mit dem Mobiltelefon können sie, unabhängig vom restriktiven sozialen und räumlichen Umfeld (Familie, Wohnung, Schule, Nachbarschaft) unkompliziert und in Echtzeit eigene mobile Räume der Intimität und selbstbestimmten Kommunikation aufbauen (Howard Rheingold).

Die typische Ambivalenz technischer Systeme, hier zwischen Privatisierung, Kontrolle und Ermächtigung lässt sich auch bei anderen elektronischen und vernetzten Kommunikationstechnologien beschreiben, auch solcher, deren Ausbreitung durch zunehmende Vernetzung und Miniaturisierung erst noch ansteht. Der Aspekt der Kontrolle führt zu Worst Case Szenarien einer totaler Überwachbarkeit technisch durchdrungener Räume und der Subjekte, die diesen benutzen. Bei der Betrachtung der verschiedenen Praxen im Umgang mit Medien stellt sich aber die Frage, inwieweit das dichtomische Modell Privatheit/Öffentlichkeit, auf dem diese

Szenarien basieren, nicht bereits obsolet geworden ist. Die stereotype Gegenfrage auf Berichte von neuartigen kontrollgesellschaftlichen Phänomenen – »Sind wir jetzt in einer Gesellschaft des Big Brother angelangt?« – ist eine falsche und auf Dauer die kritische Wahrnehmung ermüdende Reaktion, und das nicht nur, weil eine Gesellschaft der Kontrolle keine totalitäre, staatliche sein, sondern aus einem Geflecht an Überwachungsinstrumenten – und methoden bestehen wird. Künftige Generationen pseudo-intelligenter, vernetzter und autonomer Objekte eines »Immer-und-Überall-Netzes« und deren Wahrnehmbarkeit der unmittelbaren Umgebung werden eine gänzlich neue Dimension der Kontrolle erlauben. Diese Kontrollstrukturen werden dabei nicht von einer zentralen Stelle (auch als »Staat« bekannt) initiiert und ausgeübt, sondern entstehen in einer vielschichtigen Melange: Wer schließlich wen, wann und weshalb überwacht, und welche Auswirkungen daraus resultieren, diese Fragen führen zu Problemsituationen, die sich kaum noch mit herkömmlichen Methoden aufzeigen und gegensteuern lassen. Eine Forderung, künftige »always-on«-Geräte mit der Voreinstellung »offline« zu versehen, also im weiteren Sinne dirigistisch oder individuell einer vernetzten Umgebung Einhalt durch Ausschalten gebieten zu wollen, sind nicht nur unrealistisch, sondern verzichten auf den Gedanken einer, im besten Falle emanzipativen Aneignung.

Um diesen Komplex zu bearbeiten, würde es sich lohnen, bisherige Konzepte »informationeller Selbstbestimmung« einer kritischen Modifikation zu unterziehen. Vielleicht ist ein immer defensiver werdender Schutz der Daten vor Mißbrauch und Verwertung, und damit der künstliche Versuch seiner Verknappung, gar nicht mehr entscheidend. Stattdessen wäre ein offensiverer Umgang, gekoppelt an eine bewusste Freiwilligkeit (»Datavoluntarism«) Daten zu produzieren, zu verteilen, zu verändern, ein erfolgversprechender Weg. Da urbane Räume einer verstärkten Transformation durch Privatisierung, Kontrolle und Disneyifizierung ausgesetzt sind, wären spürbare und vielleicht auch resistente Modelle des offenen Umgangs mit Daten ein Ansatz – auch und besonders jener Daten, die vorhandene Räume beschreiben oder vielleicht auch erst generieren.

Mobile und vernetzte Geräte können über ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort »informiert sein«, auch wenn dieses Wissen bei den Mobiltelefonen noch mit einer Unschärfe von ein paar dutzenden bis einigen hundert Metern behaftet ist. Aber diese Ungenauigkeit wird technisch vermindert werden können und ermöglicht eine Koppelung der automatischen Erfassung

der »Position im Raum« mit im elektronischen Netz gespeicherten Informationen zu diesen Koordinaten. In Prag beispielsweise lässt sich ein zarter Vorgeschmack erfahren: Mobiltelefone zeigen dort jeweils ortsspezifische Informationen an, die über der sonst übliche Signalisierung des gewählten Funknetzes und der aktuellen Vorwahl hinaus gehen. Während in den äußeren Stadtbezirken auf dem Display nur die Nummer des gegenwärtigen Bezirks angezeigt wird, erscheint in der Metro der Name der nächsten Station und in den Straßen der innerstädtischen Fußgängerzone in einem feineren Raster der Hinweis auf nahe liegende Hotels und deren aktuellen Wochenendangebote.

Diese ortsspezifischen Funktionen können nicht nur eine praktische Hilfe bei der Navigation durch die Städte sein, sie wecken starke Begehrlichkeiten hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Verwertung. Aber diese Anreicherung von Räumen erlaubt auch jede andere Art der Sammlung von Metadaten, von subjektiven Anmerkungen, Erinnerungen, Wünschen oder Spuren von Auseinandersetzung. Die verschiedenen Subtexte eines Ortes können so direkt zugänglich, beeinflussbar und kommentierbar gemacht werden. Eine solche vom »Anwender generierte Kartografierung« könnte eine neuen Qualität der »Produktion von Räumen« ergeben (Marc Tuterts). Die Möglichkeit einer ortsbasierten Koppelungen von elektronische Informationen wirft die dringliche Frage auf, wer dann über die Kontrolle über diese Daten, und damit deren Bedeutungen und Aussagen verfügt: Die BewohnerInnen und NutzerInnen eines urbanen Raums oder die Distributoren von Mehrwertdiensten, von Gelben Seiten und Reiseführern? (Jeff Goldmann) Wer hat Zugriff auf das nötige Ausgangsmaterial, den digitale Karten des urbanen Raums, und zu welchen Bedingungen? Da Karten immer auch »Wahrheit« konstituieren wollen, könnte mit der Erstellung antagonistischer Modelle eine eindimensionale, offizielle Sichtweise des Raums in Frage gestellt werden.

Ein Beispiel für eine Praxis der Aneignung innerhalb der gegenseitigen Überlagerung von Bits und Atomen, von Information und Materie sind die in verschiedenen europäischen und nordamerikanischen Metropolen aktiven Initiativen, die freie Netze auf der Basis funkbasierter Datenübertragung (WLAN – drahtlose, lokale Netzwerke) aufbauen. Dieser Ansatz, den Gedanken freier Software und einer »digitalen Allmende«, also einer freien, gemeinschaftlichen Verfügbarkeit von immateriellen Produkten, auf die Ebene der Internet-Infrastruktur zu übertragen (also auf die physikalische Ebene der Kabel, Verbindungsstellen und

Verteilerknoten), bewegt sich nicht nur in einem Bereich des Internets, der sich im Besitz von Netzwerk- und Telco-Konzernen befindet. Dieser Ansatz ermöglicht auch eine andere Form der Wahrnehmung und Aneignung des öffentlichen Raums durch die lokale Etablierung »freier«, also offener, unkommerzieller und bestenfalls a-hierarchischer Kommunikationsstrukturen, deren Zugriff mit mobilen, vernetzten Geräten jederzeit und ortsungebunden möglich ist.

Elektronische, vernetzte Medien entfalten ihre Wirkung auch im öffentlichen Raum. Dieser mag in seiner »Öffentlichkeit«, und damit einer offenen und allgemeinen Zugänglichkeit, selbst bereits nur eine Fiktion sein. Mit einer zunehmenden Durchdringung mobiler Geräte wird der physikalische Raum nicht entwertet oder alterniert, wie es noch mit der »Cyberspace«-Metapher verstanden wurde, sondern angeheizt und überlagert durch die vielfältigen Schichtungen elektronischer Kommunikation. Wie aber werden sich der Einfluss dieser Schichtungen auf den urbanen Raum und seine Benutzung auswirken? Wird künftig urbanes Leben eher »bedachtsam« geführt werden, als abwechslungsreich und ergebnisoffen (Jeff Goldmann)? Verschwindet die Bereitschaft zu zufälligen Begegnungen und unerwarteten Erfahrungen, da jederzeit via Datenkommunikation das eigene persönliche Netzwerk erreichbar ist und somit Notwendigkeit und Bereitschaft für spontane Kommunikation und Interaktion entfällt? Von wem wird dann der richtige Weg abgefragt oder die Empörung über einen Vorfall mitgeteilt? Werden mobile Kommunikationsmittel die Notwendigkeit von Warteräumen und anderen scheinbar nutzlosen Orten aufheben – also durchaus Orte, die im Sinne von Zufälligkeit nicht sinnleer sind –, da mit der »Fernsteuerung« Mobiltelefon jeder örtlich fixierte Termin im voraus arrangiert werden kann? Aus diesen Fragen spricht eine skeptisch-gläubige Erwartungshaltung angesichts medialer Erweiterungen. Doch das Auftauchen neuer Medien kann nicht umstandslos oder vollständig die alten, etablierten Medien verdrängen und ebenso wenig die mit ihnen verschränkten sozialen und gesellschaftlichen Dimensionen auflösen. Das Neue bewirkt vielmehr Erweiterungen, gegenseitige Verschmelzungen und Rückkoppelungen mit dem Bisherigen.

Neben den Aspekten eines eher alltäglichen Miteinanders, von Kooperation und sozialer Vernetzung im urbanen Raum, erfahren andere gesellschaftliche Tendenzen eine Beschleunigung und Verstärkung: Wen durch »wissende«, vernetzte Geräte unsere Wahrnehmung des Umfeldes beeinflusst werden, inwieweit

werden individuelle »Autonomien« der Entscheidung und Handlung noch stärker determiniert? Welchen Einfluss wird eine weitere »Mobilisierung« digitaler Kommunikation, also die weitere Loslösung von einer räumlichen Fixierung, auf die Entwicklung immaterieller Arbeit haben, wenn die Produktionsmittel jederzeit und überall verfügbar sind und damit eine, heute bereits brüchige Trennung von Arbeit und Freizeit vollständig aufgehoben wird? Damit wird wohl kaum eine weitergehende, und nicht nur räumliche »Befreiung« erreicht werden, wie die Anzeigen einiger Notebook-Vermarkter verkünden.

Ähnlich den gläsernen Repräsentations-Bauten neuerer Architekturströmungen, die mit ihrer transparenten Oberfläche eine Offenheit vortäuschen, die keine ist, so bedeutet eine allgemeine, allgegenwärtige Verfügbarkeit elektronischer Netzwerke nicht automatisch die Offenheit von Zugang, Anwendung und Entwicklung. In dem hier beschriebenen Feld wird entscheidend sein, wie die Rahmenbedingungen beschaffen sind, unter denen sich die überlagerten Räume entwickeln. Das Internet, und in ihm besonders das Web, ist nicht zuletzt aufgrund einer »Allgemeingültigkeit« (Tim Berners-Lee) und damit der Transparenz und Gemeinschaftlichkeit seiner Protokolle und Standards zu einem weit verbreiteten und prägenden Kommunikationsmedium geworden. Das Internet ist dabei, trotz vielfacher und sich verschärfender Eindämmungsbestrebungen bislang offener geblieben, als es den Initiatoren dieser Bestrebungen recht sein kann. Die Kommunikationswege und -bedingungen der GSM- und UMTS-Mobilfunknetze dagegen sind weitgehend hermetisch beschaffen und unterliegen dem alleinigen Einfluss der betreibenden Telekommunikationskonzernen. Einflussnahme, Entwicklung und Etablierung alternativer oder antagonistischer Anwendungen, Protokolle und Metadaten-systeme ist hierbei weitgehend ausgeschlossen, es sei denn – wie im Beispiel der »Freie Netze«-Initiativen – über den Umweg des Aufbaus alternativer Infrastrukturen. Solche selbstorganisierten Strukturen sind zwar immer durch eine gewisse Latenz charakterisiert und tendenziell durch aggressive Vermarktungsmodelle der IT-Wirtschaft bedroht, können aber durchaus erfolgsversprechende Versuche darstellen, elektronische Kommunikation der Kommerzialisierung und Privatisierung zu entziehen.

Die (Auf-)Forderung nach kollaborativer Offenheit und allgemeiner Zugänglichkeit künftiger Kommunikationssysteme allein ist noch keine ausreichende Antwort auf die Entwicklung digitaler Kommunikation und ihrer

Ausbreitung im physikalischen Raum. Eine praktische wie experimentelle Ausführung wäre aber ein wichtiger Moment. Von Bedeutung sind dafür weitergehende Fragen: Wenn Räume durch Daten beschrieben oder erzeugt werden, wie sind die Werkzeuge beschaffen und die Schnittstellen gestaltet, wer hat Zugang zu diesen und wer nicht? Wie lassen sich die »dunklen Seiten der Technologie« (Lovink/Schneider) thematisieren, beispielsweise die Arbeitsverhältnisse derer, die die günstigen Mobiltelefone und Notebooks produzieren? Welche Auswirkungen und neuen Perspektiven ergeben sich für Konzepte der Kooperation und Selbstorganisation? Wenn sich bei dem »Tanz der Bits und Atome« persönliches Umfeld wie urbane Räume, sowie deren Wahrnehmung verändern, müssen Antworten auf die Fragen nach einer künftigen »Gemeinschaftlichkeit« in der Entwicklung und Benutzbarkeit der verschiedenen, sich überlagernden Räume einer elektronischen Stadt formuliert werden, ohne dabei die bisherigen Zustände öffentlicher Räume romantisch zu verklären oder deren immanenten mediale Dimensionen zu ignorieren. Auch wenn sich theoretisch die elektronischen Schichten eines Realraums kontinuierlich ausbreiten können, so werden diese Flächen in der Praxis »durch die Schwerkraft der

Architektur und der Benutzer selbst zu Vertiefungen und Spitzen geformt« (Matt Locke in Lev Manovich). Bei der kritischen Begleitung und aktiver Einmischung der hier beschriebenen Entwicklung wird es spannend sein, gerade diese Verwerfungen aufzuzeigen und zu bearbeiten.

Ulf Treger

Lev Manovich »The Poetics of Augmented Space«, www.manovich.net

Jeff Goldmann »A City Transformed«, The Feature, www.thefeature.com/article?articleid=13458

Marc Tuters »Geograffiti as the digital production of nomadic space«, www.rixc.lv/reader/txt/txt.php?id=135&l=en

Howard Rheingold »Smart Mobs«, Basic Books, 2002, www.smart-mobs.com

Barry Wellmann »Physical Place and CyberPlace: The Rise of Personalized Networking«, www.chass.utoronto.ca/~wellman/publications/individualism/ijurr3a1.htm

Lovink/Schneider »Notes on the State of Networking« <http://amsterdam.nettime.org/Lists-Archives/nettime-l-0402/msg00099.html>

Dieser Text ist zuerst erschienen in *dérive* Nr. 18, Januar 2005

Rosaroter Standortfaktor.

Gesprächsrunde über die Nützlichkeit der sogenannten schwullesbischen Community für eine unternehmerische Stadt als Standortfaktor und touristisches Sahnehäubchen und über öffentliche Räume als vermarktbarer Eventspace oder als Orte queerer politischer und sozialer Aneignung, mit Thomas Böker, Josch Hoenes und Andrea Rick.

Ein Protokoll mit Anmerkungen und Zitaten von Thomas Böker und Josch Hoenes.

„Tales from Hazyland“ öffnet in einer Reihe von Veranstaltungen einen Blick hinter die Fassaden städtischer Imageproduktionen und nimmt Perspektiven ein, die sich mit dem Verborgenen und Unsichtbaren beschäftigen, das hinter den Wunschprojektionen von Stadt zunehmend verschwindet, aber oftmals die Prozesse und Entwicklungen umfaßt, von denen die BewohnerInnen der Stadt konkret betroffen sind.

Angesichts der zunehmenden Geldnot der Städte versprechen Planungen wie die der Umgestaltung des Faulenquartiers zum neuen Medienzentrum einen Weg aus der „Krise“ und einen Vorteil im Wettbewerb der Städte um Wachstum und Standortvorteile. Gerade Stadtteile wie das Faulenquartier, die keine offensichtliche Bedeutung im Sinne einer bestimmenden Funktion und Identität für die Stadt besitzen, scheinen sich für solche Unternehmungen anzubieten. Als Projektionsfläche städtischer Wunschproduktionen versprechen sie wirtschaftlichen Aufschwung und eine Belebung des Stadtraums

(es passiert etwas!) oder anders ausgedrückt eine Verbesserung der Lebensumstände für alle. Das Versprechen aber kann nur ein scheinbares sein, denn innerhalb der kapitalistischen Logik können keinesfalls alle von den erwarteten – oftmals auch nur scheinbaren – prosperierenden Effekten solcher Veränderungen profitieren.

Das Gespräch geht der Frage nach, welche Rolle Schwule und Lesben – auf die sich zumeist die öffentliche Wahrnehmung beschränkt, und Bisexuelle, Transgendere, Queers, BDSM-lerInnen – die wir aus unseren eigenen Perspektiven in der Betrachtung und Diskussion mitdenken, in den aktuellen Entwicklungen und Projektionen von Stadt einnehmen.

„Die Wahrnehmung einer Stadt verändert sich, wenn die Orientierungslinien die Orte queeren Lebens sind. (Ein Plan, den sich der französische Semiologe Roland Barthes bei einem Berlinbesuch in den Fünfzigerjahren zur Orientierung skizzierte, zeigt den für schwule Etablissements bekannten Nollendorfplatz als Zentrum sowie einige wie Satelliten erscheinende Bars in Charlottenburg und Neukölln.)“

„Inmitten des Stadtkörpers mit seinen Häusern, Straßen und Freiräumen gibt es ein nur für Schwule wahrnehmbares Netzwerk. Anhand einiger seiner Aktionsräume – öffentliche Parks oder Rastplätze sowie Bedürfnisanstalten und Pornokinos – lässt sich die Geschichte der Subcodierung durch eine Bevölkerungsgruppe nachvollziehen, die ihre Räume konspirativ innerhalb der städtischen Gesellschaften entwickeln mußte.“

Der Titel „Rosaroter Standortfaktor“ und die anschließende

Frage nach der Nützlichkeit einer schwullesbischen Community für eine unternehmerische Stadt wirft bereits die These auf, dass Stadtplanung und –politik queeres Leben als einen sogenannten weichen Standortfaktor entdeckt hat. Neben Kultur, Kunst, Kreativität, Tourismus, Nightlife und Lifestyle werden auch Bilder schwuler und lesbischer Kulturen eingesetzt, um sich z.B. ein weltoffenes, tolerantes Image zu geben. Die jährlichen CSDs sind neben Karneval (rheinisch in Köln, multikulturell in Berlin), Techno-Paraden und unzähligen Stadt- und Straßenfesten selbstverständlicher Bestandteil städtischer Event-Kalender. Queere Kultur (die örtliche Travestieshow!), schwule und lesbische Dienstleistungen (der schwule Frisör wie die lesbische Unternehmensberaterin) tragen zum Wunschbild der Diversität einer innovativen und kreativen Stadt bei.

Was aber bedeutet die zunehmende Umdefinierung der Stadt zu einer unternehmerischen Stadt für die schwullesbische Community? Was haben all diese Veränderungen und Projektionsleistungen mit dem schwulen, lesbischen, queeren Leben in der Stadt zu tun?

Von Seiten der Stadplaner und -analysten wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen schwullesbischer Community, Kreativität und unternehmerischer Stadt hergestellt. Richard Florida konstatiert in seinem Buch *The Rise of the Creative Class* (2002), dass die wirtschaftlichen Probleme innerhalb einer zunehmend globalisierten Wirtschaft nicht mehr mit den alten ökonomischen Konzepten zu lösen sind. Florida betont den Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum, Kreativität und Kultur und deklariert Kreativität als einen entscheidenden Standortfaktor für

ökonomischen Erfolg. Unternehmen würden ihre Standorte zunehmend nicht mehr nach bisherigen Faktoren, wie günstige Löhne, Immobilienpreise etc. auswählen, sondern danach, ob an den Orten „kreative Köpfe“ leben. Seine These belegt Florida durch ein Ranking us-amerikanischer Städte nach dem von ihm entwickelten „Creativity Index“, das einen Zusammenhang zu stark wachsenden Regionen herstellen soll. Der „Creativity Index“ bemisst sich neben Patentanmeldungen pro Kopf (Innovation Index), dem regionalen Anteil an Beschäftigten in der High-Tech-Industrie (High Tech Index) und dem Prozentsatz der Bevölkerung mit Hochschulabschluss (Talent Index) auch aus der Verschiedenheit der Bevölkerung, die durch einen „Tolerance-“ bzw. „Gay Index“ erfaßt wird. Die Diversität und die damit assoziierte Toleranz und Offenheit einer Stadt spielen demnach eine wichtige Rolle für die Ansiedlung kreativer Industrien. Und Schwule und Lesben scheinen hervorragend geeignet, die Vielfalt, Toleranz und Offenheit einer Stadt messbar zu machen. Die Logik des „Gay Index“ folgt also der Gleichung viel schwullesbisches Leben = viel Toleranz = viel Kreativität = viel Produktivität = wirtschaftlicher Erfolg.

„Nur wenige Jahre nach dem offiziellen Niedergang der New Economy wird Kreativität von lokalen Wettbewerbsstrategen als neue Wertschöpfungsgrundlage für Städte und Regionen gehandelt ...

Im aktuellen Diskurs wird Kreativität zur Norm erhoben (be creative!), welche als kreatives Selbstverständnis (wer wollte nicht kreativ sein) bereitwillig aufgesogen wird. Übersehen wir dadurch leicht, dass mit dem Kreativitätsimperativ

nicht nur schöpferische Praxen, wie sie im traditionellen Umfeld von KünstlerInnen vermutet werden, verallgemeinert werden, sondern vielfach auch die dort verbreiteten prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse ... Vor dem Hintergrund zunehmender Privatisierung und Individualisierung gesellschaftlicher Risiken, kann Kreativität auch als geschöntes Label für die Fähigkeit des erfolgreichen Managers der Zumutungen neoliberaler Alltagswelten verstanden werden.

Auffällig ist eine explizite Verknüpfung des Begriffs Kreativität mit dem Standort, mit der Stadt. ... Mit den Creative Industries geraten jedoch jetzt auch die spezifischen soziokulturellen und stadträumlichen Standortanforderungen der Kreativen selber in den Blick. Der Creative Cities Diskurs kann als komplexer Hintergrund der Creative Industries verstanden werden.

Die Rolle kreativer urbaner Milieus für die Anziehung innovativer KreativitarbeiterInnen wurde mit missionarischem Eifer vom Us-amerikanischen Bestsellerautor Richard Florida verkündet. Ein Kreativitäts-Index, gestützt auf einen Gay- bzw. Bohemien-Index, als Maß für Offenheit, Toleranz und Diversität eines Ortes, gibt Auskunft über die Attraktivität der Stadt für Kreative und damit deren Erfolg im Standortwettbewerb.“

Scheint eine solche Logik der schwullesbischen Community eine größere Bedeutung zu verleihen und damit auch die Chance auf mehr Teilhabe an öffentlichem Leben und an der Gesellschaft zu bieten, wirft sie zugleich Fragen auf, die es kritisch zu reflektieren gilt:

Welche Teile schwullesbischen Lebens werden hier wertgeschätzt und welche werden weiter tabuisiert

und marginalisiert? Diese Grenzen werden deutlich, wenn bspw. das Grußwort Wowereits zum „folsom europe“ einen Skandal auslöst.

„Der homosexuelle Mann hat den Bogen überspannt. Klaus Wowereit bekam heftige Prügel ... dafür, dass er mit einem Grußwort Europas Fetischfreunde zu ihrem Stadtfest in Berlin empfing. Die CDU witterte Wahlkampfmunition und schimpfte auf des Bürgermeisters Aufmerksamkeit für „zweifelhafte Pornofeste“: „Berlin braucht einen Regierenden Bürgermeister, der ... nicht Gruppen in den Vordergrund stellt, die ihren Lebenssinn darin sehen, abartige Sexualmethoden zu praktizieren.“

So mag es auch Bernd Ulrich sehen. Der Kommentator des Tagesspiegels und stellvertretende Chefredakteur der Zeit ... hat die Grußwort-Vorlage beseelt genutzt. Denn Ulrich mag die Schwulen nicht ... Bei dem Straßenfest der Fetischfreunde gehe es, fantasiert Ulrich, „um die Propagierung, Kommerzialisierung und Radikalisierung von sexueller Gewalt“, und assoziiert dazu „Maikrawalle, Fußballrandale, Bandenkriege und Ehrenmorde“.

Um ganz sicher zu gehen, dass seine Mahnung ankommt, legt Ulrich vier Tage später noch einmal großformatig nach. Die „Ehrenmorde“ bemüht er erneut sowie „die Gewalt-Musik von Skinhead-Bands“, keine Keule wird ausgelassen zur atmosphärischen Verschärfung ... „Schwul ist in Ordnung, Sado-Maso ist es nicht.“ Das und nur das sei - so Ulrich - die „moralische Orientierung“, die der Bürgermeister seinen Bürgern mit auf den Weg zu geben habe. Der Keil ist damit getrieben, denn Homosexuelle, lautet Ulrichs Botschaft, sind zu tolerieren, solange sie ordentlich sind und ange-

passt, registriert im Doppelpack und ohne weitere Ansprüche, aber auf gar keinen Fall jene, die sich diesem Bild so demonstrativ verweigern. Die Weichen sind gestellt, das Resentiment ist von der Leine gelassen. ... Homophobiker wie Bernd Ulrich ... wittern Morgenluft.“

... oder wenn zunehmend Cruisingareas und Klappen geschlossen und aus dem öffentlichen Stadtraum verbannt werden.

„Bis zu den Siebzigerjahren waren die Klappen nicht selten die Orte homosexueller Initiation, hatten sie sich doch zum geläufigsten Treffpunkt entwickelt. Mit der Parole „Raus aus den Klappen, in die Straßen!“, die die homosexuelle Befreiung in Deutschland einläutete, geriet dieser Ort ins Abseits des aufgeklärten Bewußtseins. Der Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“, 1969 von Rosa von Praunheim gedreht, heißt eben auch „Das Glück in der Toilette“. Der Regisseur sagte damals: „viele Schwule mit großen Kontaktschwierigkeiten sind gezwungen, auf den öffentlichen Toiletten ihre ersten homosexuellen Erfahrungen zu machen. Mit der Bestrafung der Homosexualität durch die Gesellschaft und dem daraus folgenden schlechten Gewissen der Schwulen haben viele ihr Schwulsein bis auf die einfachste Form von Sex beschränkt.“ ...

Erst im letzten Jahrzehnt erlebte das Leben rund um die Pissrinne eine Renaissance, doch da begannen die Kommunen, die Klappen wegen der hohen Unterhaltskosten zu schließen. Die Künstler Jochen Klein und Thomas Eggerer protestierten 1994 in der Münchener Ausstellung „Oh boy it's a girl“ gegen die Schließung der Klappen unter einer

rot-grünen Stadtregierung. Zu dem Vorschlag der Kommunalpolitiker, in einer stark frequentierten Klappe ein schwules Café einzurichten, meinten Klein und Eggerer: „Die Bedeutung des Ortes als Schwulentreff würde zwar beibehalten, aber er wäre durch seine Institutionalisierung kontrollierbar gemacht und würde somit in entsexualisierter Form an die Schwulen zurückgegeben. Dieser Läuterungsprozess erinnert an die Christianisierung heidnischer Kultstätten.“

Queere Partys, Cafés und Kneipen scheinen tolerierbar, während Sexualität und sexuelle Praktiken in Privaträume zurückgedrängt und damit eine konventionelle Trennung von öffentlich und privat reinstalliert wird. Insgesamt scheint sich damit eine Entwicklung in Gang zu setzen, in der die Trennlinien und Grenzen nicht mehr zwischen Homo/Hetero verlaufen. Anpassung und Normerfüllung werden gegen Andersartigkeit und Abartigkeit ausgespielt, Privatheit wird gegen Öffentlichkeit gesetzt sowie unerwünschte Öffentlichkeiten weitgehend reguliert werden.

„Da die heteronormative Identitätskultur queere Kultur von kurzlebigen Ausformungen im urbanen Raum und medialer Kultur besonders abhängig macht, sind queere Öffentlichkeiten durch Initiativen wie das New Yorker Gebieteinteilungsgesetz besonders verwundbar. Das Gesetz zielt darauf ab, jede gegenöffentliche Sexkultur zu beschränken, in dem ihre ökonomischen Voraussetzungen reguliert werden.“

„Öffentlicher Raum wird zunehmend von den Einwohnern des jeweiligen Viertels kontrolliert und

Firmen, Immobilienmaklern oder anderen, nicht verantwortlich zu machenden, lediglich an privatem Profit orientierten Gesellschaften wie Business Improvement Districts überlassen. Das bringt die Bedingungen für ein schwul/lesbisches öffentliches Leben in Gefahr.“

„Im London der 80er Jahre trat eine aggressive Homophobie als emblematisches urbanes Problem auf, das sich in moralisierenden Anti-Sex-Kampagnen, einer Gesetzgebung, die das Verbot der Pornografie zum Ziel hatte und einem Zensursystem manifestierte, das jede Referenz auf Homosexualität als etwas an sich Unanständiges oder Obszönes betrachtet sowie in der medialen Konstruktion von Homosexualität als ein beispielhaftes und mahnendes Zeichen der Andersartigkeit.“

Die Trennlinien verlaufen aber ebenso zwischen zum Bruttosozialprodukt Beitragenden und Nicht-Beitragenden. Wer nicht produktiv ist, aus welchen Gründen auch immer (Arbeitslosigkeit, Behinderung, Illegalisierung...), wird weiter isoliert und marginalisiert. Hier stellt sich auch die Frage, wie sich Arbeitsverhältnisse durch neoliberale Entwicklungen umgestalten. Für die viel gelobten und gesuchten „kreativen Köpfe“ wird die „Abweichung von der Norm“ zur Norm, die dann nicht nur eine Individualisierung weiter bestärkt, sondern das Individuum auf seine Selbstverantwortung verpflichtet. Diese Frage stellt sich aber auch für Schwule, Lesben, Queers: Inwieweit ist es nur möglich, die gebotenen Chancen auf Bedeutung und Teilhabe anzunehmen, wenn das eigene Handeln Prinzipien der Produktivität und Wirtschaftlichkeit unterworfen ist

und kaum noch Raum, Zeit und Ressourcen lässt für kritische politische Interventionen und solidarisches Handeln?

Wenn Kreativität und schwullesbische Communities als Standortfaktoren zu neuen Imperativen ökonomischer und stadtpolitischer Logiken werden, stellt sich die Frage, wie „wir“ als AkteurInnen queerer Kulturen mit dieser Entwicklung umgehen und uns dazu verhalten.

Die Zusammenhänge von unternehmerischer Stadt und schwullesbischer Community lassen sich aber auch von anderer Seite, nämlich der Entwicklung der „eigenen“ politischen Bewegungen, befragen. Das wohl in den letzten Jahren am meisten diskutierte Beispiel bildet der CSD. Wird er von vielen nach wie vor als politische Demonstration begriffen, die von AkteurInnen der lokalen schwullesbischen Community organisiert und getragen wird, hat er sich in den letzten Jahren zu einem zunehmend kommerzialisierten Event entwickelt. Im Mittelpunkt stehen immer weniger politische Forderungen und Kritiken aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse, als vielmehr ein buntes Feiern und Spaß haben.

In einem offenen Brief haben lesbische, schwule, queere Bremer Gruppen dieses Jahr gegen die Organisation eines CSD durch einen Würzburger Veranstalter, den Verein Toleranzfabrik e.V., protestiert, dessen Vorstand identisch ist mit der Geschäftsführung der Event-Agentur Junx4you, die im Würzburger Raum schwullesbische Partys veranstaltet. Der Toleranzfabrik e.V. hatte bereits ein Jahr zuvor ohne eine Einbindung der lokalen Strukturen ein CSD-Straßenfest auf dem Domshof durchgeführt und damit die Verortung Bremer

Initiativen, Gruppen und Vereine im Kontext des CSD Nordwest mit der Parade in Oldenburg und die diesbezüglichen Absagen einer Beteiligung an einer konkurrierenden CSD-Veranstaltung in Bremen ignoriert.

Kritisiert wurde von den VerfasserInnen des offenen Briefes eine Kommerzialisierung, die den CSD nur noch als Label und Werbeträger profit-orientierter Veranstaltungen und in beliebig viele Städte (locations) importierbares Event-Konzept vermarktet.

Der Würzburger CSD-Veranstalter reagierte mit der Absage der offensichtlich bereits unsicheren Durchführung des Straßenfestes – eine angekündigte Terminverschiebung und gänzlich fehlende Informationen zu Inhalten und Programm wiesen darauf hin – und machte die fehlende Unterstützung der schwullesbischen Bremer Gruppen und insbesondere der BriefschreiberInnen dafür verantwortlich, die so die schwullesbische Community in Bremen um einen eigenen CSD gebracht hätten.

„Der Niedergang der firmengesponserten großen CSD-Paraden wird von uns mit Genugtuung erwartet. In unseren kühnsten Träumen werden Sponsoren-Gelder nicht mehr so üppig fließen, weil die CSDs mit ihrer Kommerzialisierung nicht nur einen kleinen Teil ihres subversiven, wilden und - nur damit auch für die Wirtschaft - interessanten Charmes verloren haben. Ohne „Ursprünglichkeit“ hat die schwullesbische „Community“ keinen Marketingreiz und damit wohl in naher Zukunft auch keine Firmengelder mehr. Wir dürfen gespannt sein, wann der erste CSD nicht mehr von der Stadtverwaltung, sondern von der Interessengemeinschaft der Kaufleute untersagt wird.“

Zeigt sich darin einerseits, dass der Kampf um gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung in Teilen erfolgreich war, hat auch diese Entwicklung ihre Schattenseiten. Auch hier bleiben all diejenigen ausgegrenzt, die nicht „nur“ schwul oder lesbisch sind, sondern auch an anderen Punkten marginalisiert werden oder „abweichende“ Lebensentwürfe leben.

„Der CSD wird zur Bühne für (überwiegend schwullesbische) Lobby-PolitikerInnen und ihren frommen Wunsch nach Anerkennung der eigenen Lebensweise durch die Dominanzgesellschaft. Integriert werden jedoch nur diejenigen, die die Werte der dominanten Gesellschaft nicht in Frage stellen bzw. keine Kosten verursachen...“

Mit ihrem Bemühen um Integration schließt die schwullesbische „Community“ stillschweigend eine Menge Leute aus, die sich nicht integrieren lassen wollen oder können: Polygame Liebe wird nicht zur Ehe, Müllmänner keine Bürgermeister, der illegale Aufenthalt nicht zum deutschen Pass und HIV nicht zur Cellulitis.“

Der CSD ist ohne Frage nach wie vor für viele wichtig, schwules, lesbisches, queeres Leben sichtbar und für Interessierte zugänglich zu machen. Kritisch zu hinterfragen ist aber, wieso Events wie der CSD auch für Heteros so leicht zu konsumieren scheinen. Was macht den CSD und die Bilder, die in der Presse gezeigt werden für „Andere“ so interessant und aufregend. Inwiefern werden hier Bilder produziert, die sich zu Symbolen von Spaß, Lust, Lebensfreude machen lassen und von jeder Spur und jeder Verletzung, die Diskriminierungserfahrungen hinterlassen haben, so gereinigt

sind, dass sie verallgemeinerbar werden und auch Heteros ihre Wünsche, Begehren und Phantasien darauf projizieren können?

Die Ähnlichkeiten zwischen CSD und Karneval werfen aber auch die Frage nach gegenwärtigen Formen der Regulierung und Kontrolle auf. Inwiefern stellt der CSD eine räumlich und zeitlich begrenzte und damit kontrollierbare Institution dar, in deren Rahmen ein bestimmtes Auftreten und Sichtbarsein erlaubt, toleriert und gar gefeiert wird, das im alltäglichen Leben noch immer nicht gern gesehen ist: hier dürfen Lesben, Schwule, Queers sichtbar sein und auch mal über die Stränge schlagen - damit sie den Rest des Jahres wieder schön brav funktionieren?

Dominiert sind die Paraden jedoch immer noch weiß, bürgerlich, männlich: Es gibt viele Themen und politische Forderungen, um die es zu kämpfen gälte, sei es die Anerkennung der sexuellen Orientierung als Asylgrund oder die gleichberechtigte Stellung verschiedener Formen der PartnerInnenschaften und sexueller Existenzweisen ...

„In Masse auf der Straße zu sein, anders sichtbar zu sein, die (Werbe-)Bilder in den Köpfen zurecht zu rücken, angstbesetzte Räume selbstbewusst betreten zu können, sie umzudefinieren, in ihnen handeln zu können, Bevölkerung aufzuklären oder zu irritieren, Rathäuser/ Redaktionen/ Ausländerbehörden zu besetzen, das alles könnte ein CSD sein.“

Ist hier zum einen die Frage, wie sich politische Forderungen neben den "normalisierenden" nach Homoehe, Adoptions- und Erbschaftsrecht wieder auf dem CSD zum Thema machen lassen,

gilt es aber zum anderen, politische Strategien zu hinterfragen. Denn die Entwicklung des CSD scheint zunächst logisch: Gekämpft wurde für Sichtbarkeit und Anerkennung und oberflächlich ließen sich die CDSs insofern als eine Erfolgsgeschichte lesen. Doch wie bereits ausgeführt ist nur ein Teil der angeblichen Community anerkannt während andere ausgegrenzt bleiben. Galt in der Tradition der 70er Jahre Sichtbarkeit und Outing als politische Emanzipation, wird nun deutlich in welcher Weise Sichtbarkeit auch immer mit Normalisierung verknüpft ist - zumindest soweit Anerkennung angestrebt wird. Vielleicht gilt es dieses Paradigma der Sichtbarkeit erneut zu hinterfragen: Wann, wo und aus welchen Gründen wollen „wir“ „sichtbar“ sein, welche Vorteile aber bietet auch die Unsichtbarkeit. Bieten z.B. eine weniger sichtbare queere Bar oder private Orte nicht viel eher Raum nicht-heteronormative Praxen zu entwickeln und auszuprobieren - ohne gleich dem kontrollierenden Blick der Gesellschaft ausgesetzt zu sein? Ermöglicht ein Auftreten aus einer nicht als schwul oder lesbisch markierten Position nicht auch ganz spezifische Strategien politisch subversiv wirksam zu sein?

„Die homosexuelle Bar ist ein fiktives Amalgam unterschiedlicher Raumtypen, in denen Schwule und Lesben eine öffentliche Kultur entwickelt haben...“

Draußen vor der homosexuellen Bar gibt es eine homophobe Stadt voller Angst, drinnen eine Stadt der homoerotischen Zuflucht. So wie die Bar eine Stadt ist, die sich in der Stadt eingenistet hat, so nistet sich die Stadt auch in der Bar ein. Die Bar ist groß und vereint praktisch alle Straßen der Stadt in sich, die

Männer und Frauen dort sind aus den verschiedensten Vierteln...

Indem die homosexuelle Bar eine Form der Erotik erlaubt, die in der Stadt verboten ist, bringt sie auch die Erotik des urbanen Raumes in ihr Inneres - das Umherschweifen, die Zufallsbekanntschaften, die Begegnungen mit Fremden, dunkle Ecken, öffentliche Intimitäten, Körper, die zusammenkommen und sich wieder auseinander bewegen.“

Zitate aus:

Lauren Berlant und Michael Warner: Sex in der Öffentlichkeit, in: Outside. Die Politik queerer Räume, Hg. Matthias Haase, Marc Siegel, Michaela Wunsch, b_books 2005
Rosalynde Deutsche: Vernünftiger Urbanismus, in: Outside. Die Politik queerer Räume, b_books 2005

Michael Kasiske: Viele Orte, überall, taz 16./17.06.2001

Elmar Kraushaar: Abartige Lederferkel, taz 06.09.2005

Bettina Köhler: Kreative Stadt. Risiken und Nebenwirkungen eines Diskurses, MALMOE Nr. 25/ 2005

writing worstfear queens: Was hat dich bloß so ruiniert? Vom Aufstieg und Fall der Christopher Street Days, in: femina politica, Heft 1/ 2005

Zur Diskussion „Subversion im Souterrain“ am 29.9.2005 im Partyraum „Mieten & Feiern“, Bremen

Subversion im Souterrain – Von Brutstätten und Schutzimpfungen

Wir haben euch heute, und vor allem einige, durchaus sehr unterschiedliche Projekte eingeladen, um öffentlich, gemeinsam über unterschiedliche Konzepte und Praxen kultureller Arbeit zu sprechen, und auch über die Rolle dieser Arbeit im städtischen Umfeld. Gerne würden wir als Veranstalter und als Kritiker einer unternehmerischen Stadtpolitik über ideale Strategien und Konzepte sprechen. Aber das wäre vermessen, wir glauben auch nicht, dass es eine solche ideale Form gibt. Dagegen ist es vielleicht interessanter, kurz zu den Anfängen unserer Gruppe, *city.crime.control*, zu gehen, um damit unsere Motivation für diesen Abend zu erklären und vielleicht um die eine oder andere Anregung für die gemeinsame Diskussion zu liefern.

1998, ein Jahr vor dem ersten Projekt unserer Gruppe, erließ der damalige Bausenator Schulte eine Anordnung, die sogenanntes „wildes Plakatieren“ vollständig unterbinden sollte. Gleichzeitig wurden überall in der Stadt -- auf den für das freie Plakatieren sehr beliebten Stromkästen -- vermietbare Plakatflächen geschaffen. Dieses Manöver der Zugriffsbeschränkung betraf Bretterzäune, Laternenmasten und insbesondere die Stromkästen, also bis dato gemeinschaftliche und überall verfügbare Ressourcen. Diese nunmehr sterilisierten, cleanen Flächen waren somit ganz im Sinne der damals virulenten Kampagne namens „Aktion Saubere Stadt“, die eine Aufhübschung urbaner Räume zum Ziel hatte, einhergehend mit einer weitgehenden Regulierung ihrer Bespielung zum Vorteil einer Mehrwert generierender Nutzung. Als Nebeneffekt dieser Aktion waren alle No-Budget-Projekte vor die Wahl gestellt, entweder ziemlich viel Geld (1,50 Mark pro Plakat und Tag) auszugeben oder auf ein wichtiges Mittel für eine öffentliche Sichtbarkeit künftig zu verzichten. Das Plakatierverbot sprach also für ein zynisches Verständnis im Umgang mit Selbstorganisation und kultureller Produktion.

Diese Kulturproduktion hat in ihrer Unterschiedlichkeit mehr oder weniger einen gemeinsamen Nenner, nämlich eben nicht die Schaffung von Mehrwert, und weniger der Anbietung von gewinnbringender Unterhaltung sondern eben der Produktion von Kultur. Eine Ad-hoc Kampagne gegen das Plakatierverbot, die von einem recht breiten Bündnis aus verschiedensten kulturellen Initiativen mitgetragen wurde, firmierte als „Ak-

tion Lebendige Stadt“ und versuchte appellativ, an die Baubehörde gerichtet, das Verbot rückgängig machen zu lassen. Sie scheiterte mit dieser eindimensionalen Ausrichtung schlicht an dem Desinteresse und Unverständnis der Baubehörde und löste sich genauso schnell auf, wie sie sich spontan zusammen gefunden hatte. Reste der Kampagne, die sich nach dem Scheitern dieser Strategie weiterhin trafen, gingen dann in ihrer Kritik einen Schritt weiter: Sie verstanden das Plakatierverbot als einen signifikanten Indikator für einen grundlegenden Wandel städtischer Regierungspolitik und entschlossen sich, diesen Wandel weitergehend zu thematisieren und zu kritisieren.

Heute, sieben Jahre später, ist allgemein bekannt, dass freies Plakatieren weiterhin möglich ist, wenn auch lange nicht mehr flächendeckend und freizügig wie noch Anfang der 90er. (Diese Möglichkeit ist immer auch mit dem Risiko verbunden, ab und zu beim Plakatieren von Ordnungshütern gestellt zu werden, was im Schnitt jedoch deutlich günstiger ist, als die Nutzung der offiziellen Mietflächen). Und dass die geschaffenen kommerziellen Flächen nur dann ausgebucht sind, wenn das nächsten Stadion-füllende Großereignis ansteht, und ansonsten meist mit ziemlich dämlichen Platzhaltern gefüllt werden.

Heute sind, das wäre dann die Vermutung, städtische Konzepte sind nicht mehr so ruppig, sondern eher cleverer und indirekter geworden. Sie haben sich vielleicht damit abgefunden, dass solche ordnungspolitischen Erlasse nur schwer konsequent durchzusetzen sind, und dass eine „Umformatierung“ städtischer Räume besser und ungestörter funktioniert, wenn kleinere, wohldosierte Schlupflöcher und andere Ventile offen gelassen werden, wie z.B. die Reste freier Plakatierflächen.

Dazu kommt vielleicht auch die Erkenntnis, dass gesellschaftlicher Input, wie zum Beispiel durch die kulturellen Produktionen von Subkulturen, durchaus nutzbringend eingesetzt werden kann. Zum einen wird in subkulturellen Zusammenhängen mit den Konzepten der Selbstorganisation und in der Tradition des *Do It Yourself* gehandelt, also auf der ökonomischen Ebene ohne großen Aufwand, fixe Kosten oder gar vernünftige Entlohnung. Damit sind subkulturelle Projekte auch in einem neoliberalen Sinne als gelungene Vorreiter für *Ich-AG* und die Selbstaktivierungsmaßnahmen der Agenda 2010 lesbar. Was braucht es noch staatlich finanzierte Projekte, wenn es auch ohne regelmäßige Subventionen, ohne fixe Haushaltsausgaben funktioniert? Einmalige, projektorientierte Finanzspritzen, Ausschreibungen, für die sich mit großem Aufwand beworben

werden kann, und schließlich die Zurichtung auf singuläre Anlässe, Events wie Festivals, erlauben hierbei immer noch ein gewisses Mindestmaß an Steuerung.

Eine solche Politik der Großereignisse, also eben die Ausrichtung auf großformatige und gut vermarktete Veranstaltungen, zeigt sich im kulturellen Bereich mit dem Konzept „Kulturhauptstadt Europas“ – Bremen hat sich ja um diesen Titel kürzlich und erfolglos beworben. Diskussionen und Berichte aus Städten, so aus der österreichischen Stadt Graz, die im letzten Jahr eine europäische „Kulturhauptstadt“ war, zeigen, dass die oftmals erhoffte Anerkennung und Förderung lokaler Kultur ein Trugschluß war. Vielmehr ist zu beobachten, daß sich die beteiligten Städte auf der finanziellen Seite verausgabt haben, so daß im Anschluß deutlich weniger Geld und Unterstützung für die Finanzierung lokaler kultureller und auch sozialer Aktivitäten zur Verfügung stand, als noch zuvor. Was Graz neben einem großen Haushaltsloch heute bleibt, sind zwei, drei architektonische Meisterwerke, leere Kulturstätten, für deren Be- spielung keine Konzepte oder Finanzierungen vorhanden sind.

Zum anderen funktioniert dieses nutzbringende Einsetzen auch nach dem Prinzip einer Schutzimpfung, so betonte es kürzlich Brian Holmes auf einem Panel in Berlin: „Die kontrollierte Dosis künstlerischer ‚Unruhe‘“, so wird Holmes in der taz zitiert, „soll den Ausbruch allgemeiner Unruhen verhindern helfen“. Inwiefern hier ein strategisches Vorgehen unterstellt werden kann, würde ich eher skeptisch sehen. Aber als Effekt ist diese Beobachtung sicherlich nicht abwegig.

Diese Nützlichmachung ist in Bremen etwas Neues. Dazu mußte allerdings erst ein Kulturmanager (oder ein städtischer „Intendant“ wie Anna Richter ihn beschreibt) aus einem anderen Land importiert werden, der dann die lange Zeit ignorierte oder gegängelte Subkultur, wenn auch nur in Teilen, als natürliche und nützliche „Brutstätten“ städtischer Kultur redefiniert hat.

Und als drittes spricht diese Tendenz zur Vereinnahmung (im Gegensatz zu Maßnahmen zur Ausgrenzung und Gängelung) vielleicht auch für eine politisch-kulturelle Harmlosigkeit heutiger subkultureller Szenen, ein möglicher Effekt aus mehreren Gründen: eines Zurückziehens in autarke Nischen, eines Kräfte zehrenden Agierens mit Ämtern und Behörden einhergehend mit permanenten Kompromissen und einer vorausschauenden Selbst-Beschneidung eigener Konzepte, dem gewachsenen Eigeninteresse an Aufmerksamkeit und an einem ökonomischen Ausgleich für die eigene immaterielle Arbeit, und vielleicht auch das Fehlen von

wahrnehmbaren und praktikablen antagonistischen Gesellschaftsentwürfen und damit einhergehenden, subkulturellen Ausformungen, mögen diese (in der Prä-‘89-Ära) in ihren „Nebenwidersprüchen“ oft noch so problematisch gewesen sein.

Betrachtet mensch die Handlungen städtischer Administration, entsteht der Eindruck, dass der Umgang mit allen Arten von selbstorganisierten Projekten – sei es mit mehr kulturellen, sozialen oder politischen Schwerpunkten – sich in die Richtung einer Konditionierung entwickelt, also einer Erziehung hin zur Selbstregulierung (und damit oft genug auch Selbstreduktion und Selbstbeschränkung). Gekoppelt daran sind Effekte wie das oftmalige Fehlen von Planungs- und Existenzsicherheit, irrationale, intransparente und schwankende Entscheidungen, die ja nicht nur darin begründet sein können, dass der städtische Verwaltungsapparat selber einen Transformationsprozess durchläuft (auch wenn dieser vielleicht nur einen cleveren Fake darstellt, um eine gewisse Unsicherheit auch innerhalb dieser Struktur zu injizieren).

Die hier beschriebenen Symptome lassen sich sehr ähnlich auch auf andere Bereiche von Stadt und Gesellschaft übertragen. Diederich Diederichsen erinnert in diesem Zusammenhang an Deleuze und seine Analysen zur Entwicklung von Kontrollgesellschaften, welche sich auch auf das Verhältnis der unternehmerischen Stadt zu den anderen städtischen AkteurInnen übertragen lassen: „Die Kennkarte, mit der du in die innere Stadt eingelassen wirst, ist manchmal gültig und manchmal nicht, du weißt nie, wann sie gilt. Das Einzige aber, was du lernen solltest, dass du selbst verantwortlich bist, für die Willkür der anderen.“

Zum Schluß daher die Frage: Wie läßt sich nun, mit einer gewonnenen, oder nur überlassenen/übertragenen Selbstverantwortung handeln, so dass die eigenen Bedürfnisse, kulturellen Konzepte und die eigenen politischen Selbstverständnisse in einer größtmöglichen Unabhängigkeit bestehen können? Und so, dass gleichzeitig die Verantwortung für die „Willkür der anderen“ abgelehnt werden kann? Geht es darum, den Versuchungen einer Eventkultur zu widerstehen oder diese taktisch geschickt für die eigenen Projekte zu nutzen? Wie hoch ist der Aufwand dafür und das Risiko zu scheitern? Was ist, wenn die Stadt, wie wir sie kennen, verschwindet: Ist Subkultur dann ein nützlicher Lückenfüller, damit das Verschwinden niemand bemerkt, oder ein Ort, an dem ganz eigene, informelle Formen von Stadt entstehen können?

Ulf Treger (c3)

Campaign against the «Residence Obligation Law» (das Residenzpflichtsgesetz) for asylum seekers in Germany.

More than five years ago when the preparations for the refugee congress organised amongst others by the Caravan for the Rights of Refugees and Migrants in Jena in Spring of 2000 was obstructed by the so-called Residenzpflicht law, the residential restriction for asylum seekers, our organisation „The Voice Forum“ decided to start a campaign for the abolition of this humiliating Law in Germany.

This obligation is found in paragraph 58 of the Asylum Procedure Law (Asylverfahrensgesetz). It states in effect that; during the asylum procedure for the recognition as a refugee, asylum seekers are allowed to leave the district they have been assigned to ONLY with the permission of the Foreigners' Office.

Since 1982, which is for more than 20 years now, the residence obligation law has been restricting the freedom, the personal and political rights of thousands of refugees immensely. „Residenzpflicht“ criminalizes and discriminates. It makes refugees the object of humiliating racist controls and puts them under psychological and material pressure.

Due to the residence obligation, asylum seekers are subject to special repression. They are controlled by police and Border Protection Police (BGS) at stations, mostly due to the colour of their skin or overall physical outlook. These controls can be considered as racist. Furthermore, asylum seekers receive permission to leave their district only under special circumstances which are defined by the Asylum Procedure Law. Permissions for visiting relatives, except for parents and children, are within the discretion of the case manager. Permissions for visiting friends or for taking part in political events are almost never given. Violation of the residence obligation leads to criminal prosecution and even to imprisonment. Therefore, refugees are criminalized to a large extent.

Racists and fascists have further arguments against so called criminal foreigners at their disposal. “The nationalist not only does not disapprove of atrocities committed by his own side, but he has a remarkable capacity for not even hearing about them.”(George Orwell).

The Residenzpflicht law entails the high persecution of refugees with fines or prison sentences for up to 18 months, and the indiscriminate threats of deportation are enormous. The daily restriction of movements without choice of settlement violates our freedom and basic rights as minority groups and groups of refugees and migrants.

Our inevitable campaigns for the abolition of the residence obligation law did create the awareness of the ill sufferings and the abuses in our daily lives, due to campaigns for the abolition of this law, some of the cases against the Residenzpflicht law in the courts have been dropped or won against the State Public Prosecution Officers and against the authorities in the recent years of the protest in Germany.

A law like this in Germany is unique within Europe. Therefore it is also very important for our political struggle against this law to be able to update and document all those cases for public information and enlightenment.

Adebayo Alabi.

The Voice Forum / Caravan for the Rights of Refugees and Migrants.

Information materials are available on request:

E-mail: thevoiceforum@emdash.org, <http://www.thevoiceforum.org>.

http://www.umbruchbildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/bildgalerie_residenzpflicht_aktionstage.html

Anti-Lager-Aktions-Besuch nach Mecklenburg-Vorpommern

gegen früheres Militär-Lager, Container-Lager, Dschungel-Heim, Unterdrückungs-Camps und Deportations-Haft

Letztes Jahr reiste Anti-Lager für 17 Tage in verschiedene deutsche Bundesländer für globale Bewegungs-Freiheit, gegen Grenzen, Deportations-Haft, Unterdrückungs-Camps, Dschungel-Heime, gesellschaftlichen Ausschluß, Isolation, Ungerechtigkeit und so weiter.

Das war eine gute Sache, sie war erfolgreich und hat viele Vorteile, zum Beispiel wurde das anvisierte Lager geschlossen, ein neues Lager wurde nahe dem Zentrum der Landesregierung gebaut, die Flüchtlinge wurden umgesiedelt, einige davon in private Wohnungen, einige legalisiert, viele andere wurden im neuen Lager untergebracht mit verbesserten Infrastrukturen, ein Heimrat wurde gebildet, Integrationen und Begegnungen begannen, die Isolation verschwand, und die Umgebung und die Stimmung sehen freundlicher aus. Es war eine gute Sache, daß viele unzensurierte und undemokratische Aktionen der Länder in die öffentliche Aufmerksamkeit gebracht wurden. Flüchtlinge und Migranten wußten, daß sie nicht allein gelassen waren, und daß sich einige Menschen weiterhin Sorgen machen über die schlechter werdende Situation in anderen Gegenden. Neue Flüchtlinge wurden aktiv. Viele Organisationen der Flüchtlinge und Migranten wurden gegründet und begannen in ihren Gebieten mit weiteren Aktionen. Mit den Flüchtlingen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern muß man nun rechnen. Viele von ihnen

schufen Kontakte während der Anti-Lager-Tour im vorigen Jahr, sie taten etwas, um ihre Lage und Lebensbedingungen zu verbessern. 2004 besuchte Anti-Lager nur ein Unterdrückungslager in Mecklenburg-Vorpommern — Tramm, aber am 24./25. September 2005 wird Anti-Lager von Bramsche aus nach Mecklenburg-Vorpommern aufbrechen. Anti-Lager wird zwei Lager besuchen, wenn nicht drei. Mehr Protest-Aktionen wird es geben.

Die drei Lager sind: das frühere Militär-Lager in Ribnitz-Damgarten-Saal, das Unterdrückungslager in Retschow und das Container-Lager in Schwerin.

Schwerin (Wohnheim Görries)

Dieses ist in der Tat ein Symbol des Extremismus, der Intoleranz, der Abschottung und Ungerechtigkeit im Land Mecklenburg-Vorpommern. Praktisch bedeutet das „die absoluten Container“, wo die Flüchtlinge und Migranten wie Gegenstände, die auf den Abtransport warten, eingelagert sind. Die Geschichte berichtet, daß während des Zusammenbruchs der Nazi-Zeit, als die russischen Soldaten 1945 Berlin/Brandenburg eroberten, die Nazis alle ihre KZ-Gefangenen nach Schwerin brachten („der Todesmarsch“), und daß Schwerin die Sache der Gefangenen bis heute nicht abgeschlossen oder die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen hat. Doch heute sperrt Schwerin Flüchtlinge und Migranten in Container. Ist das besser oder sogar schlimmer? In diesem Fall müssen die Behörden in Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern ihren Standpunkt klarer machen bezüglich des Kampfes gegen Rassismus, Extremismus, Ungerechtigkeit, Mangel an Demokratie, Intoleranz, Lager, Separatismus,

Grenzen und Unterdrückung.

Aus diesem und anderen Gründen rufen die Flüchtlinge und Migranten in Schwerin nach der Anti-Lager-Tour. Sie rufen nach der Organisation, der sogenannten „Karavane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten“. Und sie rufen die Sympathisanten zu einer sofortigen Solidarität auf, um gegen die Situation und die Lebensbedingungen in den Lager-Containern anzugehen.

Sie beschwerten sich bitter, daß die Container im Sommer sehr heiß sind und im Winter sehr kalt. Sie beschwerten sich auch über die niedrige Decke, die Örtlichkeit, die Lebensbedingungen, die Insektenstiche, die das Leben schrecklich machen, die radikalen und systematischen Deportationen, die Abschottung und Isolation in diesem Container-Lager.

Das alte System kann nie wieder erlaubt werden — weder in Mecklenburg-Vorpommern noch sonstwo.

Ribnitz-Damgarten-Saal (früheres Militärlager)

Hier sieht die Situation noch schrecklicher aus. Nach der Definition ist dieses ein Marine-Lager mit großen Mengen an militärischen Hinterlassenschaften, die schlaflose Nächte bei den Flüchtlingen erzeugen. Dieses Lager in Saal ist im Osten und Norden von der hohen See umgeben, im Westen von sehr starken Abgrenzungen und Mauern mit Verbotsschildern, mit Untergrund-Bunkern und anderen unbekanntem militärischen Resten, und im Süden ist Ackerland und eine kleine Straße zum Hof.

Viele Flüchtlinge sind traumatisiert, viele sind krank und hilflos, alle leben in Angst, alle möchten in einen anderen Landkreis oder ein

anderes Land umgesiedelt werden, wo ihre Würde und Rechte als Menschen respektiert werden. Wiederum beschwerten sich viele über einen Sozialarbeiter in ihrem Heim, über das Sozialamt, die Ausländerbehörde, das System im Staat, die Unterdrückung und Abschottung, Ungerechtigkeit, schlechte Infrastruktur, die Elektrizität wird um 10 Uhr abends abgeschaltet, „wir sind nicht sicher,“ sagten einige Flüchtlinge.

Noch schlimmer, es gibt nur einen einigermaßen erreichbaren Supermarkt in der Stadt, die Waren sind monopolistisch und teuer. „Wir haben uns bei unserer Behörde und beim Sozialamt beschwert, die aber sagten, sie können uns nicht helfen, sie haben kein Geld, und wir erkundigten uns wie es in Rostock und anderen Landkreisen im Land ist. Die Behörden und das Sozialamt sagten, die haben Geld aber wir nicht.“ Deswegen und aus anderen Gründen wollen die Flüchtlinge, die in Ribnitz-Damgarten-Saal leben, eine sofortige und bedingungslose Schließung dieses Ex-Nazi-Militär-Camps, das Flüchtlings-„Heim“ genannt wird, und sofortige Umsiedlung aller Flüchtlinge in einen anderen Landkreis, oder möglichst in ein anders Bundesland, wo ihre Freiheit und Rechte respektiert werden müssen.

Um ihre Wünsche, Widerstände und Rechte zu unterstützen, appellierten alle Aktivisten im Land Mecklenburg-Vorpommern an die Regierung, dieses Ex-Militär-Camp ohne Verzögerung zu schließen.

Boizenburg-Horst Ursprünglich war dieses ein Auffanglager für Flüchtlinge und Migranten. Doch nun? Es ist eines der schlimmsten Unterdrückungs-, Deportations- und Ge-

fängnis-Lager für Flüchtlinge und Migranten in der Welt.

Man mag sich fragen, was Demokratie und Toleranz sind, wenn die staatlichen Behörden Deportation, falsche Euro, Residenzpflicht und das Lagersystem als Menschenrecht ansehen. Frühere Legalisationen wurden wieder infrage gestellt. Leute, die zehn oder mehr Jahre hier waren, und Leute mit Duldung werden gezwungen, in das Deportations-Camp in Boizenburg zu gehen. Dort sollen die Flüchtlinge und Migranten bleiben bis sie aufgeben und sich für die sogenannte freiwillige Rückkehr oder Deportation entscheiden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern stationierte eine Spezial-Polizei-Truppe in dem Lager, um tägliche Unterdrückungen, Verhaftungen, Beleidigungen, Residenz-Kontrollen im Haus durchzuführen und schließlich — als die schärfste Form des Rassismus — die Deportation.

Man muß sich fragen, ob Hitler, Osama Bin Laden und der Satan (der Teufel) in Mecklenburg-Vorpommern geboren sind. Es muß gefolgert werden, daß die sogenannten Demokraten undemokratisch sind, und sie haben versagt. Das zeigt die Verbrechen gegen die Ausländer in diesem Staat auf. Dieses ist das neue Jahrtausend, und die Welt ist in einem neuen System. Ein Wort ist genug für einen Weisen.

Retschow (nahe Bad Doberan) Dieses ist ein Unterdrückungslager, die Atmosphäre ist auf dem Siedepunkt. Alle Insassen sind der Meinung, daß das Lager unbedingt geschlossen werden muß. Zum Beispiel fühlen sich die Leute unsicher in den Straßen von Bad Doberan, Nazi-Attacken nehmen überhand, die sanitären Bedingungen sind katastrophal,

die Infrastrukturen sind zerfallen, keine Busverbindung an Wochenenden, keine Kontakte mit den Menschen in diesem Gebiet, keine Eingliederung, die Gesundheitsbedingungen sind gleich Null, in manche Räume sind die Menschen zu sechs bis zehn gestopft, und alle Flüchtlinge, die in Retschow leben, sind traumatisiert aufgrund dieser Situation und der Lebensbedingungen. Es gab schon viele Treffen im Lager. Die verantwortlichen Behörden wurden informiert, die Behörden haben ein Komitee geschickt um die Not zu untersuchen, und sie haben das Lager in Notfällen besucht. Dieses ist aber Medizin nach dem Tod, denn kein Flüchtling hat noch Lust auf das Lager.

Bei einer anderen schweren Entwicklung organisierten und vereinigten sich die Flüchtlinge in Retschow und schickten einen Brief an die verantwortlichen Behörden, um ihre Wünsche zu erläutern. Als Reaktion haben die Behörden in Bad Doberan die Flüchtlinge ihren Ärger spüren lassen. Furcht hat alle Flüchtlinge ergriffen, und sie haben nun Angst, sich an den Aktionen gegen den Landkreis und das Land zu beteiligen. Ein Flüchtling stellte die Sache klarer, indem er sagte, die Behörden schließen alle gut gelegenen Heime im Land, was lediglich bedeutet, daß die Insassen in das Unterdrückungs-Lager Retschow und in andere Lager in diesem Land umgesiedelt werden, und das heißt, daß Retschow nur geschlossen werden kann, wenn alle von uns (die Flüchtlinge) deportiert worden sind, und nun erwarten wir alle die Deportation.

Die wahre Lage: Isolation, Unterdrückung und Mißbrauch der Rechte haben in den letzten Wochen im Unterdrückungslager Retschow zugenommen.

Das zeigt das Ausmaß an Bosheit, Extremismus, Separatismus, Intoleranz, Beleidigungen und Ungerechtigkeit, das die Ausländer in Bad Doberan und überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern Tag für Tag zu erleiden haben. Das darf nicht so weitergehen.

Wegen dieser und vieler anderer Gründe verlangen alle Flüchtlinge und Migranten im Land Mecklenburg-Vorpommern und ihre Unterstützer das Folgende:

- 1) Bedingungslose Schließung des früheren Militär-Camps in Ribnitz-Damgarten-Saal, des Container-Lagers in Schwerin, des Deportations-Lagers in Boitzenburg-Horst und des Unterdrückungslagers in Retschow in Bad Doberan;
- 2) Umsiedlung aller Insassen in bessere Gegenden;
- 3) Es muß STOP heißen für Deportation, Residenzpflicht-Kontrolle, Gutscheine, Isolation, Unterdrückungen, Ungerechtigkeiten und Illegalisation, für gesellschaftliche Ausschlüsse, Separatismus und Grenzen;
- 4) Legalisation, Arbeitserlaubnis und Freiheit für alle.

So, wie die Anti-Lager-Tour sich vorbereitet für die zweite

Aktions-Tour in Mecklenburg-Vorpommern, kennt sie schon die Aufgaben ('Zweiter Krieg in MV'). Mecklenburg-Vorpommern hat eine Geschichte der Mißhandlung von Ausländern, die sich nicht geändert hat. Bald, im Jahre 2007, wird der G8-Gipfel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, und der Staat hat bereits begonnen, die Unterdrückungs-Kräfte zu mobilisieren. So bauen auch die Flüchtlinge und Migranten und ihre Unterstützer Verbindungen auf, Kontakte und Widerstandsbewegungen auf der ganzen Erde gegen den Staat und sein System.

Manche Flüchtlinge und Migranten haben bereits bezahlt für den kommenden G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel:

- 1) alle Asylanträge wurden in Blitzschnelle abgelehnt;
- 2) fast alle Flüchtlinge erwarten nun die Deportation;
- 3) Alle Flüchtlinge, die näher an der Zone des geplanten G8-Treffens in Mecklenburg-Vorpommern leben, werden umgesiedelt in noch schlimmere Lager, wo sie niemals wahrgenommen werden können;
- 4) Während des G8-Treffens werden die Residenz-Gesetze verstärkt;

5) Attacken gegen Aktivisten drohen nun ebenso wie Deportationen – einfach um die Organisationen der Flüchtlinge und Migranten zu de-organisieren.

In Hinsicht auf die Rechte der Flüchtlinge und Migranten und der Unterstützung ihres Widerstandes will Anti-Lager Mecklenburg-Vorpommern am 24. und 25. September 2005 besuchen und 2-Tages-Aktionen machen. Für 2007 erwarten die Flüchtlinge und Migranten und ihre Unterstützer mehr als 20.000 Protestierer von der ganzen Erde in Mecklenburg-Vorpommern, aber vorher, nachher und während des G8-Treffens werden die Flüchtlinge und Migranten fortfahren, ihre Widerstände aufzubauen, um ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu bringen.

Willkommen auf der Anti-Lager-Tour und willkommen bei der globalen Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und den Menschenrechten in Mecklenburg-Vorpommern.

Kontakt: Akubuo Chukwudi,
Telefon: 0174-3708001

Tales from Hazyland Veranstaltungen 16.9 - 30.9.2005 im Faulenquartier, Bremen. Screening (täglich nach Einbruch der Dunkelheit) Geerenstraße / Ecke Wenkenstraße, Diskos entlang der Faulenstraße.

Freitag, 16.9., 20:00 **Dekonstruktion des Verschwindens** Das Verschwinden der Stadt ist kein Mangel an Stadtpolitik, sondern deren Überpräsenz. Die Hyperaktivität der Stadtpolitik zeigt sich an der Vielzahl der Identitäten, die Bremen in den letzten Jahren angedichtet wurden: Projektionen im doppelten Sinn - als Wunschdenken und als technisch auf eine Oberfläche geworfene Bilder.

Desinformation durch Überinformierung: wie kann man eine Stadt besser verstecken als zwischen lauter ähnlichen Variationen derselben Stadt? Vortrag zum Projekt von Christian Vähling (c3). Im Erdgeschoß des ehemaligen Kaufhauses „Bamberger“, Faulenstraße 69.

Montag, 19.9., 20:00 **Ware Stadt** Eine Einführung zur Kommodifizierung städtischer Politik am Beispiel der Umstrukturierungen im Faulenquartier von Anna Richter. In einem anschließenden gemeinsamen Spaziergang werden (Orts-)Effekte der Ökonomisierung und Ästhetisierung von Politik und Stadtplanung aufgesucht und auf ihre Auswirkungen im Stadtteil hin untersucht. Treffpunkt: Im Brilltunnel, Am Brill. mit anschl. Spaziergang durch den Stadtteil.

Dienstag, 20.9., 20:00 **Gegenwart der Arbeit** Hartz IV und die Agenda 2010 „fordern und fördern“ mehr Menschen heraus als allgemein angenommen. LeistungsbezieherInnen wie auch Beschäftigte in Verwaltungen, Beratungsstellen und Betrieben sind in diese Umstrukturierungen einbezogen. Anhand von Beispielen wird das Bremer Gesicht der Hartz-IV-Reform veranschaulicht und zur Diskussion gestellt von andiamo! - Projekt linke Basis. <http://www.andiamo.de.vu>. Auf dem Dach des Parkhauses der Sparkasse Bremen, Eingang über die Hankenstraße.

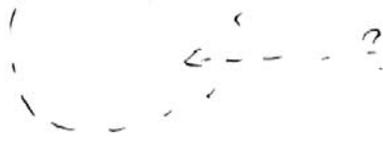
Mittwoch, 21.9., 16:00 **Elektronische Stadt** Elektronische Kommunikation mit Mobiltelefon und Internet überlagert zunehmend den öffentlichen Raum und verändert seine Wahrnehmung und Benutzung. Mit Bremens Wunsch-Auftritt als „Mobile City“ mit e-Government, Chipkarte und UMTS und der Idee von freier Information und freien Netzwerken werden zwei Perspektiven dieser Entwicklung vorgestellt. Ein Vortrag von Ulf Treger (c3) zu elektronischen, vernetzten Medien im öffentlichen Raum, von Zugänglichkeit, Überwachung und Aneignung. In einem Tagungsraum des Telekomgebäudes (ehem. Fernmeldeamt). Treffpunkt Töferbohm-/ Ecke Faulenstraße.

Freitag 23.9., 20:00 **Rosaroter Standortfaktor** Gesprächsrunde über die Nützlichkeit der sogenannten schwullesbischen „Community“ für eine unternehmerische Stadt als Standortfaktor und touristisches Sahnehäubchen und über öffentliche Räume als vermarktbarer Eventspace oder als Orte queerer politischer und sozialer Aneignung. In einem Reisebus vor dem Infoscreen, Ecke Geeren-/ Wenkenstraße. Im Anschluß ab 22:30 [kraß] bar für lesben.schwule.queers im zakk, Sielpfad 11, Ostertor

Mittwoch, 28.9., 20:00 **Subversion im Souterrain** Die Rolle von Subkultur in der Stadt, von Strategien der Selbstbehauptung und Autonomie sowie den Gefahren der Instrumentalisierung, Selbstaussbeutung und Konditionierung. Eine Diskussion mit selbstorganisierten Projekten in Bremen über ihre Konzepte, Praxen und ihre Position zur städtischen Politik. Mit der Friese, zakk, Verein 23/Künstlerhaus Güterabfertigung & Spedition, Bonbonfabrik und reboot. Moderation: Elke Heyduck (Journalistin). Im Partyraum „Mieten & Feiern“, Am Wall 45 / Ecke Doventorstraße.

Donnerstag, 29.9., 20:00 **Freiheit der Bewegung** Aus der Praxis der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ und ihren Kampf gegen Abschiebungen, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Flüchtlingen berichten Adebayo Alabi über die Kampagne gegen „Residenzpflicht“ und Akubuo A. C. über die „Anti-Lager-Action-Tour“. Im Frühstücksraum des Hotel Ibis, Faulenstraße 45.

space park



überseestadt

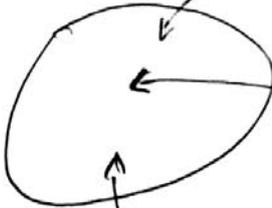


hochschule für künste

kommunalkino

bausenator ?

faulenquartier



volkshochschule

ex-polizeipräsident



stadtbibliothek

radio bremen